

# KoBra Brasilicum

Ausgabe 252 | März 2019

Brasilicum ISSN 2199-7594

## Imperiale Lebensweise

die Realitäten in Brasilien und Perspektiven der Solidarität



„Schock“-Politik Schlag auf Schlag  
*Christian Russau*

Soli-Datenbank - Unterstützung für Menschen auf der Flucht  
*Fabian Kern*

Progressive politische Kräfte haben einen schweren Stand  
*Uta Grunert*

Wer hat Angst vor den Feministinnen?  
*Kristina Hinz*

Bolsonaros Anti-Klimapolitik für Brasilien:  
Düstere Aussichten auf Nachhaltigkeit  
*Fabricio Rodríguez*

„Der Hunger wird erneut zu einer Realität in Brasilien“  
*Interview mit Bruno Pilou (MPA)*

Soja im Regenwald  
*Fabiana Frayssinet*

Welcome to the free Market!  
*Gabriela Riffel*

Imperiale Lebensweise und Ansatzpunkte für eine solidarische Lebensweise  
*Bettina Köhler*

Brumadinho ist überall  
*Fabian Kern*

## KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur\*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

### Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

**Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!**



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

### [+1C@fé] Podcast

Die Katastrophe wiederholt sich

Nach dem Dammbruch von Mariana im November 2015 brach am 25. Januar 2019 wieder ein Rückhaltebecken gefüllt mit Eisenerz-Schlamm. Wieder in Minas Gerais. Wieder ist der Konzern Vale beteiligt. Wie immer zweisprachig auf Deutsch und Portugiesisch!

<https://www.noch1cafe.org>

Gefördert aus Mitteln des Evangelischen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

**Herausgeberin** KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

**V.i.S.d.P.** Fabian Kern

**Brasilicum ISSN** 2199-7594

**Redaktion** Phyllis Bußler, Igor Birindiba Batista, Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern und Peter Zorn.

**Übersetzungen** Phyllis Bußler und Pedro Guzmán.

**Druck/Design** printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Scribus, Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder und Marianna Patti.

**Titelbild** Missão Brumadinho • 26/01/2019 a 02/02/2019 | Foto: Mídia NINJA | Quelle: flickr | Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0 | Rückseite: Cortejo de celebração e resistência • 01/02/2019 • Belo Horizonte (MG) | Foto: Mídia NINJA | Quelle: flickr | Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

**Bezug/Kontakt** KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg  
Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: [info@kooperation-brasilien.org](mailto:info@kooperation-brasilien.org) | [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

# Editorial

2019 begann die Präsidentschaft von Jair Bolsonaro. Eine neue politische Ära, deren Ausmaße für die sozialen Bewegungen noch nicht absehbar sind. Der Schockzustand, in dem sich die progressiven Kräfte der brasilianischen Gesellschaft seit der Wahlentscheidung am 28.11.2018 befand, beginnt sich zu lösen. Die Regierung hat, wie angekündigt die Ministerien radikal umgebaut. Wenig überraschend haben Minderheiten wie LGBTI oder Indigene ihre während der PT-Ära errungene institutionelle Verankerung weitestgehend verloren. Zu den neuen Akteuren gehört das Militär, das mit sieben Ex-Militärs Schlüsselpositionen in der neuen Regierung besetzt. Bisher ebenfalls nicht gerade unterrepräsentierte Akteure wie das Agrobusiness und die evangelikalen Kirchen haben ihren Einfluss stark ausgebaut und den Einfluss ihrer ideologischen Gegner\*innen eingeschränkt.

Im Parlament hingegen ist die Arbeiterpartei noch immer die stärkste Kraft, allerdings mit nur wenigen Abgeordneten mehr als die Partei, die von Jair Bolsonaro gekapert wurde. Auf regionaler Ebene haben durchaus progressive Kräfte die Anzahl ihrer Abgeordneten erhöhen können. Allerdings haben auch in den Kommunal- und Landesparlamenten zahlreiche Unterstützer\*innen von Bolsonaro Mandate errungen. Insgesamt wurde bei dieser Wahl so viel durchgewechselt wie bei keiner anderen Wahl bisher. Die Spaltung der Gesellschaft beginnt sich nun auch stärker in den Parlamenten wiederzuspiegeln. Ideologie und die persönliche Bereicherung verhindern Mehrheiten für politische Maßnahmen die einen Fortschritt für die Gesellschaft bringen können. Ein Opfer dieser Radikalisierung ist der zum dritten mal gewählte Abgeordnete Jean Wyllys der im Januar nach Berlin flüchtete, um sich zahlreichen Todesdrohungen wegen seiner offen bekannten Homosexualität zu entziehen. Auch andere Aktivist\*innen haben das Land bereits verlassen.

Am 25. Januar brach in Brumadinho (MG) ein

Rückhaltebecken einer Erzmine und forderte mehr als 300 Todesopfer. Deutschland deckt Rund die Hälfte (51 %) seines Eisenerzbedarfs durch Einfuhren aus Brasilien. Brasilien spielt sowohl als größter Lieferant von Eisenerz eine wichtige Rolle, als auch als Roheisenlieferant (18 %) und insbesondere als Lieferant von nicht gewalzten Stahl-Halbzeugen (52 %). Der Maschinenbau, die Autoindustrie und das Bauwesen sind für einen Großteil der Wertschöpfung in Deutschland und damit auch den hier herrschenden Wohlstand verantwortlich und hängen alle direkt vom Import von Metallen aus Brasilien ab. Das bedeutet, dass wir indirekt alle Nutznießer der hochriskanten und Umweltschädigenden Erzgewinnung in Brasilien sind und eine Mitschuld sowohl an dem Verbrechen von Mariana (2015) als auch jetzt in Brumadinho haben. Was das für unsere Solidaritätsbewegung bedeutet, wollen wir gemeinsam auf der Frühjahrstagung debattieren. Dieses Heft dient deshalb auch gleichzeitig als Vorbereitungsreader für die Tagung.

*die Redaktion*





**Seit** dem 1. Januar verursacht die neue brasilianische Regierung von Jair Bolsonaro einen wahren Hagelsturm an Dekretankündigungen, Nominierungen, Rückzügen von Nominierungen, Ankündigungen des Präsidenten, der zwanzig Minister und zwei Ministerinnen, Rücknahmen von Ankündigungen, sich widersprechende Statements verschiedener Regierungsmitglieder, Dekrete, Reform- und Gesetzesvorlagen – ein wahrer Hagelsturm schlechter Nachrichten für Demokratie und Menschenrechte. Und es gibt konkrete Angriffe.

## „Schock“-Politik Schlag auf Schlag – und die Untermauerung der Brutalo-Politik durch wildgewordenen Mob

von Christian Russau\*

Bereits in den ersten Wochen nach der Wahl Jair Bolsonaros war in den Medien die Rede von einem sichtbaren Anstieg der gewalttätigen Übergriffe bis hin zu Mord und Totschlag gegen all jene, die dem Weltbild der Anhänger\*innen des nun zum Präsidenten gewählten Hauptmanns nicht entsprachen. Laut Presseberichten wurden viele dieser Fälle begleitet von exaltierten Ausrufen der Täter\*innen, nun sei ihr Präsident an der Macht und daher seien die Opfer „nun dran“. Nach Bolsonaros Amtsantritt kann man nun klar konstatieren: Die gewalttätigen Übergriffe auf alle Andersdenken und -lebenden nehmen zu.

Und gleich zu Beginn machte vor allem ein erschreckender Fall die Runde in den sozialen Medien, den großen Medien war das kein ausführlicher Bericht wert. Der Transvestit\*in Quelly da Silva, 35 Jahre alt, wurde in Campinas im Bundesstaat São Paulo die Brust aufgeschlitzt und das Herz herausgerissen. Anstelle des Herzes wurde das Bild der religiösen Ikone positioniert. 2018 wurden in Brasilien im ganzen Jahr 420 Morde an LGTBQI\* verübt. Die Befürchtung ist, dass es 2019 deutlich mehr werden könnten. Und das Ministerium für Menschenrechte unter der erzkonservativ-evangelikalen Pastorin Damares Alves strich alle Förderungs- und Schutzprogramme für LGTBQI\* des Ministeriums.

Nachdem der offen schwule Kongressabgeordnete Jean Wyllys von der linken Partei PSOL erklärte, sein Parlamentsmandat in Brasília wegen der anhaltenden Morddrohungen gegen ihn nicht anzutreten und stattdessen im Ausland im Exil zu bleiben, twitterte der Präsident „ein großartiger Tag!“, in unausgesprochener, aber für alle verständlicher Anspielung

auf Wyllys' Exilentscheidung. Mehrere Minister und Präsidentensöhne twitterten weitere fröhlich-zynische Kommentare hinterher.

Marília Castro Neves ist Richterin am Landgericht von Rio de Janeiro. Auf Facebook erklärte sie, „ich denke, dass Jean Wyllys dem prophylaktischen Erschießen nicht entrinnen würde“. Davor hatte sie bereits öffentliche Aufmerksamkeit erregt, als sie unter ein Foto des linken Guilherme Boulos von der Obdachlosenbewegung MTST schrieb, „nach dem Dekret von Bolsonaro“ werde dieser „mit Kugeln empfangen werden“.

Allein in der ersten Januarwoche dokumentierten Wissenschaftler\*innen 21 Feminizide im Land. Sie mahnen angesichts der vom Präsidenten per Dekret durchgesetzten Lockerung des Waffenrechts, dass es einen massiven Anstieg der Frauenmorde geben werde. Die Staatsanwaltschaft von São Paulo hatte im vergangenen Jahr gezeigt, dass 66 Prozent der Feminizide Zuhause stattfinden, zu 70 Prozent von (Ex-)Partnern be-

gangen werden und dass die Handfeuerwaffe – nach dem Messer – die zweithäufigste Waffe bei Feminiziden sei. Dies werde sich durch die Freigabe der Waffen deutlich verschlimmern.

Debora Diniz ist Universitätsprofessorin für Anthropologie in Brasília und sie warnt explizit vor den Folgen der Waffenfreigabe für die Frauen. „Wenn es Fälle gab, in denen Frauen den versuchten Feminizid überlebt haben, dann lag das zum großen Teil daran, dass das Instrument zur Ausübung der Gewalt niedriger Tötungsintensität war.“ Ein Revolver im Haus, bedeute dann in Zukunft steigende Zahlen von Feminiziden in Brasilien.

Diniz selbst erfährt seit Jahren hasserfüllte Kritik in den sozialen Medien, da sie sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt. Deswegen hat sie sehr viele Morddrohungen erhalten. Kurz nach der Wahl Bolsonaros erklärte sie, angesichts der Unfähigkeit (oder des Unwillens) des brasilianischen Staates, sie zu schützen, das Land zu verlassen.

Soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung MST, die Bewegung wohnungsloser Arbeiter\*innen MTST, der Indigenenmissionsrat CIMI und die katholische Landpastorale CPT werden von Ministern öffentlich als „kriminell“ und als „Unterstützer von Kriminellen“ diffamiert, und die verschiedenen Minister überboten sich in Forderung nach Inhaftierung „aller linken Banditen“. Währenddessen hat der neue Staatsminister Onyx Lorenzoni, die rechte Hand Bolsonaros, eine rasche „Säuberung“ der Verwaltung in die Wege geleitet. Die Maßnahme zielt auf Anhänger linker Parteien, insbesondere der oppositionellen Arbeiterpartei, die von 2003 bis 2016 die Regierung stellte. Mitarbeiter\*innen in den Ministerien, die

mit der Regierung ideologisch nicht auf einer Linie liegen, sollten entlassen werden, sagte Lorenzoni wenige Tage nach Amtsantritt seines Chefs. Ziel sei es, „die sozialistischen und kommunistischen Ideen“ aus den Ministerien zu verbannen. Regierungsvertreter erklärten, auch die Vergabe wissenschaftlicher Stipendien werde zukünftig nach einer ideologischen Überprüfung der Kandidat\*innen erfolgen.

Aber auch die Indigenen und Quilombola-Territorien stehen im Visier von Bolsonaro und dem mit ihm eng verbandelten Agrobusiness und den Bergbaukonzernen, die sich eine Marktöffnung der noch formal geschützten Territorien erhoffen. Zugleich greifen angeheuerte Söldner diese Territorien an und illegale Goldsucher, Rinderbarone sowie die Tropenholzmafia dringen vermehrt ein. Bereits im Januar stiegen die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf indigene Territorien deutlich an. Der Indigenenmissionsrat CIMI und die Plattform „De Olho nos Ruralistas“, die Menschenrechtsverstöße gegen Indigene und das Vorgehen des brasilianischen Agrobusiness dokumentieren, zählten für die ersten drei Wochen der Regierung Bolsonaro allein acht Angriffe. Sie trafen die vier indigenen Völker der Uru Eu Wau Wau, Arara, Xavante und der Guarani Mbyá in den Bundesstaaten Rondônia, Pará, Maranhão und Mato Grosso. Außerdem wurden Siedlungen und Zeltstädte der indigenen Guarani-Kaiowá in Mato Grosso do Sul durch paramilitärische Milizen bedroht und beschossen.

In Mato Grosso wurde am 5. Januar der 38-jährige Kleinbauer Eliseu Queres von Pistoleiros erschossen. Queres wohnte zusammen mit 200 weiteren Familien auf einer Landbesetzung im Munizip von Colniza, im Norden des Bundesstaats Mato Grosso. Das Gelände gehört eigentlich dem brasilianischen Staat, war aber vom früheren Gouverneur des Bundesstaats, Silval Barbosa, und einem weiteren Landespolitiker illegal in Besitz genommen worden, später dann, da es nicht genutzt wurde, von den Kleinbäuerinnen und -bauern besetzt worden, um es im Rahmen der Agrarreform der kleinbäuerlichen, familiären Landwirtschaft zuzuführen. Eliseu Queres war zusammen mit anderen in der Nacht auf dem Weg, um Wasser zu holen, als sie aus dem Hinterhalt von Pistoleiros beschossen wurden, wie die Landpastorale CPT berichtet. Neun weitere Personen wurden verletzt, fünf von ihnen so schwer, dass sie auf der Intensivstation behandelt werden mussten.

Bei den bewaffneten Übergriffen gegen die Xavante-Indigenen im indigenen Territorium Marãiwatsédé im Bundesstaat Mato Grosso beriefen sich die Eindringlinge auf den Politiker Nelson Barbudo von der Bolsonaro-

Partei PSL. Dieser fordert seit 2012, den Status des indigenen Territoriums Marãiwatsédé als geschütztes Gebiet abzuerkennen und dessen Aneignung durch Farmer\*innen zu ermöglichen. In Südbrazilien, im Bundesstaat Rio Grande do Sul, wurden die indigenen Guarani auf ihrem Gebiet Ponta do Arado von Unbekannten beschossen und ihnen befohlen, binnen weniger Tage das Gebiet zu räumen; andernfalls würden sie getötet.

„Keinen Zentimeter zusätzlich demarkiertes Land“ wolle er den Indigenen zugestehen, so hatte Bolsonaro vor der Wahl verkündet. Nach der Wahl übertrug er die Entscheidungshoheit über die Ausweisung von Indigenen- und Quilombola-Landes an das Agrarministerium. Ministerin wurde Tereza Cristina, die als „Muse des Agrargiftes“ bekannte Vorsitzende der Großfarmerfraktion im brasilianischen Nationalkongress. Die Indigenenbehörde FUNAI wurde dem von Damares Alves kommandierten Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte unterstellt. Alves ist evangelikale

Protest: "Indigenes Blut", kein weiterer Tropfen, am internationalen indigenen Mobilisierungstag. Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)



PfarrerIn, VerfechterIn der sogenannten „Schule ohne Partei“ (escola sem partido) und der Bekämpfung der sogenannten Geschlechterideologie. Bolsonaro selbst erklärte, er wolle den Indigenen helfen, aus ihrer „Rückständigkeit“ zu entkommen und sie als vollwertige Brasilianer\*innen zu integrieren. Dies will er dadurch erreichen, dass indigene Territorien für die wirtschaftliche Inwertsetzung durch Landwirtschaft und Bergbau freigegeben werden – und Indigene somit auch daran „verdienen“ könnten.

„Dieses Gerede von Bolsonaro und seinem Team über indigene Völker ist rückwärtsgewandt und behandelt uns respektlos, unsere Geschichte, unsere Abstammung!“, protestierten 200 indigenen Frauen vom Unteren Tapajós-Fluss in Amazonien in einer gemeinsamen Erklärung, die sie Mitte Januar veröffentlicht haben. Die indigenen Frauen hatten sich versammelt, um über die neuen Angriffe der Bolsonaro-Regierung auf ihre Lebensweise und ihre Gebiete zu debattieren. Ihr Urteil fiel harsch aus: „Der Präsident verglich uns mit Tieren im Zoo, die in einem Käfig gefangen seien, wenn er deren Leben in unseren traditionellen Territorien vergleicht. Er macht absurde Aussagen über unsere Lebensweise und über unsere Wünsche als brasilianische Bürgerinnen.“

„Das ist keine Regierung, das ist ein Angriff!“, kommentierte auch der bekannte brasilianische Philosoph und Kolumnist Vladimir Safatle.

Angesichts der zunehmenden Zahl an gewalttätigen Übergriffen auf Indigene und Landlose, politisch flankiert durch eine reaktionären Umbau der staatlichen Strukturen, um das Großfarmertum im Lande zu stärken, mehren sich die Stimmen der Betroffenen, die auf internationaler Ebene eine harsche Reaktion einfordern. Sônia Guajajara vom landesweiten Zusammenschluss der indigenen Völker Brasiliens, APIB, forderte schon Ende Dezember einen internationalen Boykott der Produkte des brasilianischen Agrobusiness. Da die Europäische Union eine der größten Abnehmerinnen brasilianischer Agrarprodukte sei, so Guajajara, „muss die EU für die sozialen und umweltbezogenen Konsequenzen ihrer Handelspolitik gerade stehen und folgerichtig Produkte, die aus Konfliktgebieten kommen, wie Soja aus dem Mittleren Westen Brasiliens, boykottieren“. Andernfalls würde „die EU sich dem Genozid an Völkern und Kulturen gegenüber blind zeigen“, so Guajajara. ■

\* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt unter anderem für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.

Als sich im Oktober 2018 ein möglicher Wahlsieg Bolsonaros abzeichnete, wurden Aktivist\*innen aus der Brasilien-Soli-Arbeit von Leuten, die sonst nicht so viel mit Brasilien zu tun haben, gefragt, wie sie helfen könnten. Sie boten an, gegebenenfalls Unterkünfte für potenziell Verfolgte bereitzustellen. Diese Anfrage war der Startschuss für einen Austausch innerhalb Brasilien-Soli-Bewegung über unsere Rolle angesichts einer drohenden Rückkehr der Diktatur in Brasilien.

## Soli-Datenbank Unterstützung für Menschen auf der Flucht

von Fabian Kern\*

Obwohl wir weiterhin alles daran setzten einen Wahlsieg Bolsonaros zu verhindern, wurde im Hintergrund die Struktur geschaffen, um Kontakte von solidarischen Menschen im deutschsprachigen Raum zu sammeln.

Nachdem Bolsonaro beinahe schon die Wahl in der ersten Runde gewonnen hatte, wurde rechtzeitig zum entscheidenden Wahlgang das System zur Erfassung der Kontakte erstellt. Als sich der Wahlsieg Bolsonaros am Sonntagabend abzeichnete, lancierten wir das Formular<sup>1</sup> in den sozialen Medien. Die Rückmeldungen waren überwältigend! Innerhalb weniger Tage hatten sich über 500 Menschen bereit erklärt, Brasilianer\*innen zu helfen, wenn diese das Land verlassen müssen und in Deutschland, der Schweiz oder Österreich ankommen.

Als nächsten Schritt hatten wir vereinbart, die Visa-Bestimmungen für Brasilianer\*innen in Deutschland zu recherchieren und in portugiesischer Sprache auf der KoBra-Website zu dokumentieren. Nur drei Tage nach dem Wahlsieg war die Seite auf Portugiesisch online<sup>2</sup> und ist seitdem eine der meistbesuchtesten Seiten unseres Online angebots. Wie unserer Website-Statistik zu entnehmen ist, haben die Zugriffe auf diese Seite seit der Amtsübernahme von Bolsonaro weiter zugenommen.

Als Kontaktmöglichkeit für potentielle Flüchtlinge aus Brasilien haben wir die E-Mail Adresse [refugio@kooperation-brasilien.org](mailto:refugio@kooperation-brasilien.org) eingerichtet. Um eine sichere Kontaktaufnahme zu ermöglichen, veröffentlichten wir außerdem den öffentlichen PGP-Key auf der Seite mit den Visa-Informationen auf Portugiesisch. Seitdem haben uns mehrere Nachrichten erreicht, in denen aber eher eine rechtliche Beratung bzgl. Visas in Deutschland nachgefragt wurde - eine



Leistung, die wir leider bisher nicht erbringen können. Eben-  
sowenig können wir Brasilianer\*innen die Ausreise finanzie-  
ren. Dafür haben wir weder die organisatorischen noch die  
finanziellen Ressourcen. Allerdings haben bereits einige Bra-  
silianer\*innen aufgrund der politischen Situation das Land  
verlassen<sup>3</sup>.

Wegen der bisher geringen Anzahl an Anfragen sind  
wir auch bisher vor unserem größten Dilemma verschont ge-  
blieben. Wenn nämlich der Fall eintritt, dass politisch ver-  
folgte Brasilianer\*innen bei uns ankommen und um  
Unterstützung bitten, ist noch nicht geklärt, wie wir den  
Kontakt zwischen den Hilfesuchenden und den Hilfebieten-  
den herstellen können.

Wir können schlecht die persönlichen Daten eines Geflüchte-  
ten an eine große Anzahl von E-Mail Adressen schicken, die  
wir nicht selbst verifiziert haben. In den sozialen Netzwor-  
ken wurden nach der Veröffentlichung des Kontaktformulars  
bescheuerte Kommentare wie diese gepostet: „Zwei hübsche  
Brasilianerinnen würde ich gerne bei mir unterbringen!“  
Obwohl wir nicht davon ausgehen, dass diese Idioten sich  
wirklich in die Datenbank eingetragen haben, können wir es  
nicht ausschließen. Ebenso wenig können wir ausschließen,  
dass sich irgendwelche Faschos eingetragen haben, um den  
linken brasilianischen Geflüchteten einen besonderen Emp-  
fang in Europa zu bereiten. Auf der anderen Seite können wir  
nicht alle Adressen von Personen, die sich bei uns eingetra-

gen haben, direkt an die Geflüchteten schicken. Das wäre ein  
großer Vertrauensbruch gegenüber denjenigen, die sich bei  
uns in der Datenbank eingetragen haben.

Die einzige Lösung wäre aus unserer aktuellen Sicht, direkt  
mit einem potentiell Helfenden Kontakt aufzunehmen, um  
die Aufrichtigkeit des Angebots zu verifizieren. Das kann je  
nach Anzahl der gestellten Anfragen eine sehr arbeitsinten-  
sive Aufgabe sein, für die wir im Moment sicherlich perso-  
nell zu schwach aufgestellt sind. ■

\* Fabian Kern arbeitet seit 2014 in der KoBra Geschäftsstelle  
und produziert seit 2013 den Podcast +1C@fé.

- 1 <https://kobra.typeform.com/to/WSKD2d>
- 2 <https://www.kooperation-brasilien.org/pt-br/temas-1/politica-economia/informacoes-sobre-refugio-na-alemanha>
- 3 RadiDreyeckland <https://rdl.de/beitrag/entweder-verlassen-die-linken-das-land-oder-wir-erschie-en-sie> (25.01.2019).

Akt der Solidarität mit Jean Wyllys. Mit im Foto sind die (Vize-)Präsidentschaftskandidat\*innen: Fernando Hadad (PT) links, Guilherme Boulos (PSOL), Dritter von links, und Manuela d'Ávila (PCdoB), Vierte von links. Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)



In seiner Antrittsrede versprach der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro seinen Landsleuten eine ethische und moralische Grunderneuerung, die sich bei genauem Hinsehen als Abkehr von erkämpften Rechten liest. Schluss mit Sozialismus und staatlicher Überheblichkeit (alias „Kampf für soziale Gerechtigkeit“). Schluss mit political correctness (alias „Kampf gegen Rassismus und kolonial geprägten Machterhalt“). Schluss damit, alle moralischen Werte auf den Kopf zu stellen (alias „Kampf für Geschlechtergerechtigkeit“). Der Bruch könnte deutlicher kaum sein. Machtausübend in der neuen Minister\*innenriege sind zwei Frauen neben 20 Männern. Der Einfluss der Lobbygruppen BBB (bala, boi, biblia; dt: Kugel, Kuh, Kirche) wird deutlich ausgeweitet. Sieben Minister blicken genau wie der Präsident auf eine militärische

## Progressive politische Kräfte haben einen schweren Stand

von Uta Grunert\*

Laufbahn zurück. Das neue Super-Agrarministerium ist mit einer erweiterten Machtfülle ausgestattet und untersteht mit Tereza Cristina einer Vertreterin des agrarindustriellen Flügels mit weitreichender Landkonzentration. Diese Schaltstelle der exportorientierten landwirtschaftlichen Produktion wurden die Entscheidungen über Agrarreform und die Landfrage für Indigene und Quilombolas untergeordnet. Für die evangelikalen Gruppen hält Bolsonaro die Werte der traditionellen Familie hoch. Frauen, Familie und Menschenrechte sind in einem Ministerium zusammengefasst.

Ganz oben weht politisch derzeit ein anderer Wind. Die neue Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte, Damara Alves ist eine evangelikale Pfarrerin. Ihrem Zuständigkeitsbereich wird in Zukunft die Behörde für indigene Fragen zugeschlagen, die auf Beratungsaufgaben zurechtgestutzt wurde. Alves will sich für eine Angleichung des Lohnniveaus von Frauen und Männern einsetzen sowie gegen die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Sie ist außerdem zuständig für die Rechte von LGBTI\*-Personen.<sup>1</sup>

Der neue Minister für Bildung Ricardo Vélez Rodríguez ist eine weitere Figur im konservativen und rechten Kabinett Bolsonaros. Vélez Rodríguez – emeritierter Professor der »Eliteschule des Armeestabes« – war bis zur offiziellen Ministervereidigung Philosophieprofessor an der bundesstaatlichen Universität von Juiz de Fora. Der »Anti-Kommunist« nennt den 31.3.1964, den Tag des Militärputsches in

Brasilien, „einen denkwürdigen Tag, den man in Erinnerung behalten sollte“. Er kritisiert außerdem die unter Präsidentin Dilma Rousseff eingesetzte Wahrheitskommission, die die Morde und Gewalttaten während der Diktatur erfasst und dokumentiert hat. Zu seinen Veröffentlichungen gehören Bücher gegen die Arbeiterpartei PT, deren »marxistisches Gedankengut« Rodríguez verurteilt. Vélez Rodríguez setzt sich für die Umsetzung des Projekts Escola sem partido ein.

Es soll wieder Zucht und Ordnung herrschen. Oben und unten sind klar definiert. Kann man politische Entwicklung und Emanzipation so einfach zurückdrehen? Kann man mit der offenen Drohung, politischen Aktivismus auszurotten oder ins Gefängnis zu stecken, linke Strömungen mundtot machen oder vertreiben? Der Ausgang der Wahlen in

Brasilien und die Präsidentschaft Jair Bolsonaros haben in Brasilien und im Ausland Bestürzung, Angst und Frust verbreitet. Politisch Aktive an exponierter Stelle stehen seither unter Druck, fürchten Repressionen, einige von ihnen haben das Land bereits verlassen. Brasiliens politische Landschaft ist nicht nur polarisiert, die

Auseinandersetzungen im Wahlkampf waren zuletzt von einer hasserfüllten Rhetorik und hoher Gewaltbereitschaft geprägt. PTistas und Linke werden genauso öffentlich diskriminiert wie Afrobrasilianer\*innen, Frauen, Indigene, LGBTIQ-Aktivist\*innen.

Natürlich sind trotz der beschriebenen Regierungsmacht nicht alle progressiven politischen Kräfte ausgelöscht. Besonders im Nordosten des Landes konnten sich progressive Mehrheiten behaupten. Einige traten sogar neu den Weg in die Politik an. Zusammen mit den starken zivilgesellschaftlichen Kräften, den sozialen Bewegungen, über die Brasilien immer verfügt hat, sind sie ein Funken Hoffnung in die Kraft der Demokratie und für die Zukunft Brasiliens, auch wenn sie derzeit einen schweren Stand haben. An dieser Stelle sollen ein paar von ihnen hervorgehoben werden.

2018 wurde die erste indigene Abgeordnete gewählt. Seit Januar 2019 spricht Jôenia Wapixana aus dem Bundesstaat Roraima in Brasília für ihre indigenen Landsleute. Über 8.000 Stimmen konnte sie auf der Liste der Partei REDE (auf dt. „Netz für Nachhaltigkeit“) für sich verbuchen. Die Juristin ist die erste Indigene, die in der über 190-jährigen Geschichte des brasilianischen Parlaments mitregieren und dort indigene Minderheitenrechte und territoriale Kämpfe vertreten wird. Die 44-jährige hatte als erste indigene Frau 1997 an der staatlichen Universität von Roraima einen juristischen Abschluss gemacht. Es folgte ein Master an



der Universität von Arizona, USA. Während der Verhandlungen um die Ausweisung des indigenen Territoriums Raposa Serra do Sol vertrat die indigene Anwältin die Anliegen der Völker in einer Anhörung vor dem Obersten Bundesgerichtshof STF. Das war neu. Sie wird es schwer haben in Brasília, wo die Machtverhältnisse deutlich zu Gunsten des agrarindustriellen Sektors mit seiner anti-indigenen Grundhaltung verschoben sind. Landkauf, Straßenbau, Elektrizitäts- und Wasserkraftwerke, Ressourcenabbau sowie die Entsendung von Militär z.B. an die Grenze zu Venezuela sind nur einige der Bedrohungen. Indigene müssen trotz ausgewiesener Territorien vor Gericht zunehmend um ihre Mitspracherechte und die Entscheidungshoheit fürchten. Es bleibt zu hoffen, dass die Juristin Wapixana vor Ort überzeugen und Bündnisse schmieden kann, um die Rechte der indigenen Minderheit zu verteidigen.

Nach dem bislang unaufgeklärten Auftragsmord an der Stadträtin und Abgeordneten Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes im März 2018 in Rio de Janeiro ging eine Schockwelle durch Brasilien und die internationale Gemeinschaft. Marielle Franco hatte sich für Menschenrechte und die Aufklärung von Polizeigewalt eingesetzt. Sie war im Oktober 2016 mit 46.000 Stimmen in den Stadtrat gewählt worden. In den Monaten nach ihrer Ermordung hielt der Protest gegen die Nachlässigkeit der Aufklärung und Strafverfolgung an. Ihr Kampf gegen Gewalt gegenüber Frauen, Homosexuellen, Afrobrasilianer\*innen und Favelabewohner\*innen sollte nicht in Vergessenheit geraten. Im Wahlkampf schloss sich eine Gruppe Frauen linker Parteien zusammen, die sich *sementes de Marielle*, also „die Saat von Marielle Franco“ nannten. Einige waren enge Mitarbeiterinnen der Ermordeten. Die Saat geht auf, denn viele dieser Frauen wurden gewählt und stehen nun mit ihrer Politik für progressive Ziele einer gerechteren Gesellschaft ein: Die afrobrasilianischen Bürgerrechtlerinnen Renata Souza, Mônica Francisco und Dani Monteiro sind nun Abgeordnete im Landtag des Bundesstaates Rio de Janeiro. Die Historikerin Talíria Petrone wurde Bundesabgeordnete. Drei von ihnen gehören der linken sozialistischen PSOL an. Petrone saß für Niterói gemeinsam mit Marielle im Stadtrat. Die Feministin und negra setzt sich für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch sowie für eine neue Drogenpolitik ein. Ihr Ziel ist der Kampf gegen die Masseninhaftierung schwarzer Jugendlicher und die Zerschlagung der Bildungsvorgabe *Escola sem partido* (Zensur im Unterricht für Tabuthemen wie Politik, Sexualkunde,



Treffen von Design Aktivist\*innen 2018  
Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)

Rassismus etc.)

In Recife/Pernambuco sehen sich fünf schwarze Frauen ebenfalls in der Gefolgschaft von Marielle Franco. Unter dem Listennamen *Juntas* (Gemeinsam) wurden die PSOL-Kandidat\*innen über ein kollektives Mandat in den Landtag Pernambucos gewählt. Die Straßenhändlerin Jô Cavalcanti ist Mitglied der MTST (Bewegung der wohnungslosen Arbeiter\*innen). Sie wird das Bündnis auf Bundesebene vertreten. Beteiligt an *Juntas* war außerdem Robeyoncé Lima, Aktivist\*in der Schwarzenbewegung und erste transsexuelle Rechtsanwält\*in im Norden und Nordosten, die durchgesetzt hat, ihren sozialen Namen in einem Dokument zu tragen. Eine Professorin mit Gewerkschaftshintergrund, eine Studentin und eine Journalistin vervollständigen das politische Gespann. Die Fünf betonen, dass ihre Entscheidungen kollektiv getroffen werden und dass jeweils Mitglieder der Zivilgesellschaft beteiligt und gehört werden. Ihr Anliegen ist der Dialog und eine politische Streitkultur, da Meinungsvielfalt nur so gelebt werden kann. Ihr politisches Mandat wird die Gruppe für gerechten Bildungszugang, Kommunikation, Kulturarbeit, Informellen Handel und LGBTIQ-Rechte nutzen. Darüber hinaus setzen sie sich gegen Rassismus ein.

Kollektive politische Mandate gab es auch in der gesetzgebenden Versammlung von São Paulo, wo ein Bündnis von Aktivist\*innen ein Mandat erreichte. Erstmals gab es dieses Modell 2016 in den Stadtparlamenten von Belo Horizonte und Alto Paraíso, Goiás.

Marilene Leninha Souza aus Montes Claros haben die Teilnehmenden beim Runden Tische Brasilien 2015 im Kloster Höchst im Odenwald (Traditionelle Völker und Gemeinschaften) kennengelernt. Die Koordinatorin des Zentrums für alternativen Landbau im Cerrado CAA im Norden von Minas Gerais ist für die Arbeiterpartei PT in den Wahl-

kampf gezogen und wurde gewählt. Ab 2019 wird sie in Belo Horizonte im Landtag Politik mitgestalten. Sie vertritt das Konzept des Bem Viver, kennt die Vorzüge solidarischen Wirtschaftens lokaler Gruppen und kämpft für die Wertschätzung kollektiver Arbeits- und Wirtschaftsformen. Im Cerrado ist ihr die Abhängigkeit von Wasser und einer Ökologie im Gleichgewicht besonders bewusst. Dass traditionelle Systeme auf den Naturraum angewiesen sind und daher für diesen einen Schutz darstellen, ist eine ihrer Überzeugungen. Diese Botschaft hat sie z. B. in das Internationale Weltwasserforum in Brasilia (März 2018) getragen. Leninha ist eine der Frauen, die neu in die Politik gehen. Der Frauenanteil liegt auf Bundesebene inzwischen bei 14%, das heißt dass von 513 Bundesabgeordneten 72 weiblich sind. Über ihre politische Ausrichtung ist damit jedoch noch keine Aussage getroffen. Der Frauenanteil ist – obwohl immer noch niedrig – gegenüber 2014 angestiegen. Damals hatten nur 51 Frauen den Sprung in die Abgeordnetenversammlung geschafft. Im Senat erlangten 7 Frauen einen Sitz (12,9%) von insgesamt 54.

Einen Rückschlag erhielt die Gruppe der progressiven Abgeordneten Mitte Januar, als der zum dritten Mal in Folge wiedergewählte Bundesabgeordnete Jean Wyllys bekannt gab, das Land zu verlassen. Jean Wyllys saß bereits zwei Legislaturperioden in der Abgeordnetenversammlung aber sah sein Leben trotz Polizeischutz, den er seit einem Jahr erfährt, zu sehr in Gefahr als dass er sein Mandat ausüben könnte.

Oppositionsarbeit zu machen ist ein mühsames Geschäft. Das wird auch in Brasilien nicht anders sein. Es kann aber von Vorteil sein, sich klar von seinem politischen Gegner abzugrenzen und gleichzeitig die eigenen Ziele positiv zu formulieren. Im Wahlkampf ist dies erst spät gelungen, als die Wahlkämpfer\*innen auf der Straße das Gespräch zu politisch Unentschlossenen suchten. Im günstigsten Fall kann diese Opposition neuen Zulauf bekommen, wenn die Wähler\*innen nach einiger Zeit die Versprechen der Wahl auf ihre Erfolge abklopfen und nach der sozialökologischen Agenda der neuen Regierung fragen. ■

\* Uta Grunert gehört zum KoordinationsTeam der KoBra Geschäftsstelle in Freiburg.

***"In Brasilien hat eine neue Ära begonnen: Jungen tragen blau und Mädchen rosa."***

Mit diesen Worten trat Damares Alves, neue brasilianische Ministerin für Familie, Frauen und Menschenrechte, Anfang des Jahres ihr Amt im Kabinett des neugewählten rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro an. Jene unglücklichen Zuschauer\*innen, die der Meinung waren, die ehemalige evangelische Pastorin könne sich nach diesem ersten Amtsauftritt in Sachen Sexismus und Dummheit nicht mehr selbst übertreffen, sollten schnell eines Besseren belehrt werden: Nur wenige Tage später teilte sie bester Laune weitere Perlen ihres Unwissens über Frauenbewegungen mit dem interessierten Internetpublikum: „Feministinnen mögen keine Männer, weil feministische Frauen hässlich sind.“

## Wer hat Angst vor den Feministinnen? Die Hexenjagd auf Frauenbewegungen und Gender-Studies unter der Bolsonaro-Regierung

von Kristina Hinz\*

Diejenigen, die Brasilien als offenes und fortschrittliches Land im Umgang mit Sexualität und Geschlechterrollen erlebt haben, sind verwirrt: Wie konnte es so weit kommen? Und warum hat die Bolsonaro-Regierung gerade Frauenbewegungen und Gendertheoretiker\*innen als ihre wichtigsten ideologischen Feinde auserkoren?

Während die homophoben, rassistischen, sexistischen und antifeministischen Äußerungen des neuen Präsidenten Jair Bolsonaro die internationalen Schlagzeilen beherrschen, hat ein Großteil der Presseberichte es versäumt, über ein zweites, nicht weniger wichtiges soziales Phänomen zu berichten. Der Feminismus ist zu einer Massenbewegung in Brasilien geworden und hat sich zu einer einflussreichen politischen Kraft entwickelt, die ihre eigene kulturelle Agenda schafft und verbreitet.

Der durch den Feminismus bewirkte kulturelle Umschwung ist nicht unbeantwortet geblieben: Pfingstkirchen haben sich der rechtsextremen Regierung angeschlossen und ihren religiösen Moralismus als eine wichtige Säule im Regierungsprogramm verankert. Die Bolsonaro-Regierung, die feministischen Aktivismus und Geschlechterforschung zu ihren wichtigsten ideologischen Gegner\*innen

1 <https://mais1cafe.org/2019/01/22/de-liebe-ist-eine-form-des-widerstands/>



erklärt hat, hat bereits mit der Verfolgung und Zensur von Politiker\*innen, Aktivist\*innen, Forscher\*innen und sogar Schullehrer\*innen begonnen.

### **Kämpfe wie ein Mädchen – Der brasilianische Grassroot-Feminismus als neue Politikform**

Bereits seit 2015 haben Frauenbewegungen im ganzen Land enorm an Umfang und Einfluss gewonnen, was Sozialwissenschaftler\*innen dazu bewogen hat, den „brasilianischen feministischen Frühling“ auszurufen. International besonders bemerkenswert waren hier natürlich die von Frauen angeführten Massenproteste gegen die Kandidatur Jair Bolsonaro in den Wochen vor den Wahlen 2018. Unter dem Hashtag #EleNão (#ernicht) mobilisierten Frauen überall im Land gegen den offen sexistischen und homophoben Kandidaten. Auch in vielen ausländischen Städten fanden Solidaritätsdemonstrationen statt. Diese internationalen Proteste ließen keinen Zweifel aufkommen: Im heutigen Brasilien repräsentieren die feministischen Bewegungen die politische Kraft mit der größten Mobilisierungsmacht.

Brasilianische Feminismen<sup>1</sup> sind als echte Basisbewegungen dezentral organisiert und entstanden als Antwort auf dringende Fragen, mit denen Frauen in ihrem persönlichen oder beruflichen Alltag konfrontiert sind: Hausangestellte kämpfen für gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, indigene Frauen für ihr Land und ihre traditionelle Lebensweise. Schwarze Frauen aus den Favelas übernehmen die Führung im Widerstand gegen Polizeigewalt sowie die militarisierte Sicherheitspolitik im Zuge des „Drogenkrieges“ und zeigen, dass die soziale Frage und der Kampf gegen geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierung Hand in Hand gehen können und müssen. Im Jahr 2016 übernahmen Schüler\*innen in mehr als 1000 öffentlichen Schulen zwei Monate lang die Führung. Diese Schulbesetzungen standen an der Spitze der größten Protestbewegung gegen die Sparpolitik der Temer-Regierung und setzten gleichzeitig Standards für Geschlechterparität in allen Aktivitäten der besetzten Schulen um.

Nach dem mehr als drei Jahren anhaltenden und stetig wachsenden feministischen Frühling war eines klar: Die brasilianischen Feminismen haben tiefgreifende Veränderungen in der Politik bewirkt und eine Alternative zur institutionalisierten Parteipolitik geboten. Klar war jedoch auch, dass eine Massenbewegung mit solch pro-

gressivem Inhalt eine konservative Reaktion hervorrufen musste.

### **Der Hauptmann und die Pastoren: Religiöser Fundamentalismus, Anti-Feminismus und Kampf gegen „Gender-Ideologie“**

Die Antwort auf den brasilianischen feministischen Frühling sollte von mächtigen Akteur\*innen kommen, die auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums agieren: Die Pfingstkirchen. Neben ihrem großen Einfluss auf die Parteipolitik besitzen sie eigene Fernseh- und Radiokanäle und üben gerade in den armen Stadtvierteln einen starken Einfluss aus. Mittlerweile haben sie sich als mächtige Kräfte nicht nur in der kulturellen, sondern auch in der politischen Landschaft etabliert: Im brasilianischen Kongress werden die Pfingstkirchen durch die sogenannte Evangelische Parlamentarische Front vertreten. Diese politische Interessengruppe besteht aus ausgesprochen religiösen Politiker\*innen verschiedener Parteien und vereint etwa 30% aller Abgeordneten des Unterhauses im brasilianischen Kongress in seiner letzten Zusammensetzung<sup>2</sup>.

Angesichts der politischen und kulturellen Macht der Pfingstkirchen waren die Stimmen der evangelikalen Wähler\*innenschaft für Bolsonaros Sieg maßgeblich. Um die Unterstützung der Evangelikalen zu erhalten, setzte der ehemalige Hauptmann nicht nur seinen selbst gewählten zweiten Namen „Messias“ groß in Szene, sondern schrieb sich auch die Kernforderungen der evangelikalen Fraktion, wie den Kampf gegen Abtreibung und die gleichgeschlechtliche Ehe, auf seine Fahne.

Performance „A Voz do Ralo é a Voz de Deus“, Folter während der Diktatur mit lebenden Kakerlaken. Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)



**Aber die feministische Front in Rio de Janeiro macht deutlich:**

Wir lassen uns nicht ins Wort fallen.  
Marielles Kampf wird weitergeführt.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die „Bibel Fraktion“ zu den größten Gewinner\*innen innerhalb der Bolsonaro-Regierung zählt und sich wichtige Minister\*innenposten im neuen Kabinett sichern konnte. Insbesondere mit der Ernennung der evangelikalen Pastorin Damares Alves zur Ministerin für Familie, Frauen und Menschenrechte sowie Ricardo Rodríguez zum Bildungsminister, handverlesen durch den millionenschweren Pastor und Medienbaron Silas Malafaia, sendet die Bolsonaro-Regierung ein deutliches Signal: Die Umsetzung religiös-fundamentalistischer Moralpolitik ist kein Nebeneffekt, sondern stellt den Hauptpfeiler des Kultur- und Bildungsprojekts der neuen Regierung dar.

### **Feministinnen und Lehrer\*innen als neue Staatsfeinde in der Bolsonaro-Regierung**

Die neue moralistische Bildungs- und Kulturagenda besitzt ein Kernprojekt: die Bekämpfung der sogenannten „Gender-Ideologie“ im Bildungssystem. Unter dem Namen „Escola Sem Partido“ – grob übersetzt „Parteilose Schule“ – kursieren derzeit mehr als 130 Gesetzentwürfe im brasilianischen Kongress. Das Programm sieht vor, die „ideologische Indoktrination“ in Schulen zu bekämpfen und sieht sogar Gefängnisstrafen für Lehrer\*innen vor, die Themen wie Geschlechterrollen und Sexualität im Unterricht kritisch behandeln.

Auch an den Hochschulen ist die akademische Freiheit zunehmend gefährdet. Kurz nach seiner Ernennung kündigte Ricardo Rodríguez in den sozialen Netzwerken an, er werde die „pseudo-wissenschaftliche Indoktrination“ bekämpfen, die seiner Meinung nach in die „marxistische Ideologie“ eingebettet sei sowie eine „gramscianische Kulturrevolution“ und „Geschlechtererziehung“ beinhalte. In vielen Institutionen haben brasilianische Wissenschaftler\*innen schon die ersten Anzeichen von Verfolgung erlebt. Bereits im November 2018 hatte Débora Diniz, eine international renommierte Forscherin auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit, das Land aufgrund konstanter Morddrohungen von Anti-Abtreibungsaktivist\*innen verlassen. Die brasilianische Polizei konnte laut eigener Aussage den Schutz der Forscherin nicht sicherstellen und legte ihr nahe, ins Exil zu gehen. Auch Judith Butler, eine der bekanntesten Gender-Theoretikerinnen, wurde bei ihrem Besuch in Rio de Janeiro und São Paulo im Jahr 2017 von religiösen Fanatiker\*innen bedroht und musste daraufhin die weiteren Stationen ihres Besuchs im Land geheim halten.

Das bisher schockierendste Ereignis der ersten vier Wochen von Bolsonaros Amtszeit war jedoch die Ankündigung des Kongressabgeordneten Jean Wyllys (PSOL), sein

Mandat niederzulegen und zum eigenen Schutz ins Exil zu gehen. Offen schwul und als prominenter Verfechter von LGBT-Rechten erhielt auch er zahlreiche Todesdrohungen und traf schließlich die Entscheidung, Brasilien zu verlassen.

### **Wir lassen uns nicht ins Wort fallen - Der feministische Kampf für Menschenrechte und Demokratie**

Trotz dieses allgemein düsteren Szenarios sollten auch die kleinen Erfolge für die Frauenrechte im Rahmen der letzten Wahlen gewürdigt werden. Mit 84 gewählten Abgeordneten ist die Zahl der Frauen im neuen Kongress die höchste, die jemals in der brasilianischen Geschichte erreicht wurde. Auch wenn der Frauenanteil relativ gesehen immer noch sehr gering ist – 2014 machten die Frauen nur 10% der 513 Abgeordneten aus, jetzt nehmen sie immerhin 15% der Sitze ein –, sollte die Mobilisierung für Frauenbelange in der Politik nicht außen vor gelassen werden. Laut einer Untersuchung der Zeitung „Folha de São Paulo“ identifizieren sich im aktuellen Kongress mindestens 36 Abgeordnete explizit als Feministinnen. Als Zusammenschluss zu einer „feministischen Front“ stellen sie sich damit mutig der mächtigen evangelikalen Front entgegen.

Auch in der Stadt Rio de Janeiro, Schauplatz des brutalen Mordes an der Stadträtin Marielle Franco (PSOL) im vergangenen Jahr, hat die neue Generation feministischer und schwarzer Politikerinnen den Kampf ihrer ermordeten Freundin und Mitstreiterin weitergeführt. Dani Monteiro, Renata Souza und Mônica Francisco (alle PSOL) haben versprochen, die Interessen von Jugendlichen, Minderheiten und vor allem der Frauen aus den Favelas zu verteidigen und Marielles politisches Erbe auf diesem langen und mühsamen Weg zu ehren. Wie eine kürzlich durchgeführte Untersuchung ergab, waren es mit der Bolsonaro-Familie in Verbindung stehende Milizen, die versuchten, Francos Stimme durch sechs Kopfschüsse aus dem Hinterhalt zum Verstummen zu bringen. ■

\* Kristina Hinz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Studies on Inequalities and Gender Relations (NUDERG), State University of Rio de Janeiro (UERJ) und Doktorandin an der Freien Universität Berlin.

- 1 „Feminsmen“ ist der Plural von Feminismus und bedeutet, dass es nicht nur „einen“ Feminismus sondern viele unterschiedliche Bewegungen und Strömungen gibt, die sich als feministisch verstehen.
- 2 Für den Kongress 2019 liegen noch keine Daten vor.



**Bereits** während des Wahlkampfes 2018 drohte Jair Bolsonaro mit der Auflösung des Umweltministeriums (MMA) und mit dem Austritt Brasiliens aus dem Pariser Klimavertrag. Obwohl keine dieser Maßnahmen seit dem Amtsantritt des rechtsradikalen Präsidenten am 01.01.2019 umgesetzt wurden, ist die Lage sehr ernst. Im internationalen Ringen um die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius, kommt Brasilien eine bedeutende Rolle zu. Mit etwa sechzig Prozent des Amazonas-Regenwaldes auf seinem Territorium beherbergt Brasilien den größten Kohlenstoffspeicher der Welt. Gleichzeitig zählt Brasilien aufgrund fortschreitender Entwaldungsraten—diese nehmen seit 2015 stetig zu—zu den zehn bedeutendsten CO<sub>2</sub>-Emittenten unter den Schwellenländern. Daher stellt sich die Frage, was Bolsonaro während seines ersten Monats im Amt tatsächlich umgesetzt hat und welche Aussichten sich für die Ausrichtung der brasilianischen Klimapolitik daraus ergeben.

## Bolsonaros Anti-Klimapolitik für Brasilien: Düstere Aussichten auf Nachhaltigkeit

von Fabricio Rodríguez\*

### Ausbeutung statt Umwelt- und Klimaschutz

Mit Bolsonaro hat die brasilianische Regierung klare Prioritäten gesetzt: Umwelt- und Klimaschutz werden praktisch abgeschafft und durch eine ausbeuterische Wirtschaftsagenda ersetzt. Das zeigt sich z.B. an der Ausstattung des Landwirtschaftsministeriums (MAPA) mit zusätzlichen Machtkompetenzen. Dieses Superministerium soll die Interessen der brasilianischen Agrarlobby gezielter bedienen als zuvor, während die internationalen Verhandlungskompetenzen des Umweltministeriums im Bereich Klimapolitik massiv abgebaut werden. Hintergrund ist, dass die politische Macht der in Brasilien agroindustriell tätigen Großgrundbesitzer\*innen enorm gewachsen ist. Etwa die Hälfte der Kongressabgeordneten haben direkte Verbindungen zu den Großkonzernen der Soja-, Zucker- und Fleischindustrie. Die Agrarlobby hat Bolsonaros Wahlkampf politisch und finanziell unterstützt, weshalb der nun amtierende Präsident möglichst günstige Bedingungen für

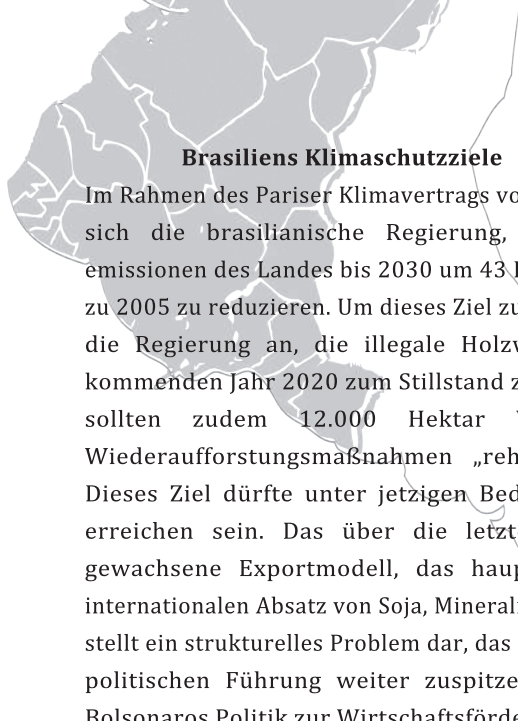


Solidaritäts-Mahnwache mit den Betroffenen des Verbrechens der Vale in Brumadinho. Foto: Marianna Cartaxo / Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)

die Ausweitung der großflächigen agroindustriellen Landwirtschaft schafft. Das wird die bereits problematischen Rodungen im Regenwald intensivieren, wodurch die Freisetzung von CO<sub>2</sub> ebenfalls weiter ansteigen wird. Von einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik distanziert sich die Regierung unter Bolsonaro entschieden.

Ein Kernelement in Bolsonaros Wirtschaftsagenda ist zudem die Freigabe von Naturschutzgebieten, um Bergbauinvestitionen anzuziehen. Damit erhöht sich das Risiko auf weitere Zerstörung des Regenwaldes, wie die bergbaubedingten Dammbrüche von Mariana (05.11.2015) und Brumadinho (25.01.2019) dramatisch belegen. Die Freigabe von Naturschutzgebieten bedroht außerdem die Existenz vieler indigener Gemeinden, was diese zum

Widerstand gegen Bolsonaros Ausplünderungspolitik nötigt. Erste Reformen machen Bolsonaros Kampf gegen Indigene sehr deutlich. Die 1967 neugegründete und für die Verwirklichung indigener Rechte zuständige staatliche Einrichtung Fundação Nacional do Índio (FUNAI) hat Bolsonaro vollständig entmachtet. Die FUNAI stand bislang unter der institutionellen Schirmherrschaft des Justizministeriums und soll nun nach Dekret Nr. 870/2019 ins Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte überführt werden. Parallel hierzu verliert die FUNAI ihre Kompetenzen bei der Zuteilung von Land an Indigene. „Keinen Zentimeter“ für zusätzliches indigenes Land lautet die offizielle Devise von Bolsonaro. Über indigene Landfragen wird nun das Landwirtschaftsministerium bestimmen. Für indigene Bewegungen ist das eine alarmierende Botschaft, zumal Bolsonaro, ein öffentlicher Verehrer der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985), mit harter Hand gegen jegliche Form des sozialen Widerstands vorgehen will.



## Brasiliens Klimaschutzziele

Im Rahmen des Pariser Klimavertrags von 2015 verpflichtete sich die brasilianische Regierung, die Treibhausgasemissionen des Landes bis 2030 um 43 Prozent im Vergleich zu 2005 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, kündigte die Regierung an, die illegale Holzwirtschaft bis zum kommenden Jahr 2020 zum Stillstand zu bringen. Bis 2030 sollten zudem 12.000 Hektar Waldfläche durch Wiederaufforstungsmaßnahmen „rehabilitiert“ werden. Dieses Ziel dürfte unter jetzigen Bedingungen kaum zu erreichen sein. Das über die letzten fünfzehn Jahre gewachsene Exportmodell, das hauptsächlich auf den internationalen Absatz von Soja, Mineralien und Erdöl abzielt, stellt ein strukturelles Problem dar, das sich unter der neuen politischen Führung weiter zuspitzen wird. Vor allem Bolsonaros Politik zur Wirtschaftsförderung im Regenwald stellt ein gravierendes Umweltproblem globalen Ausmaßes dar.

Im Amazonas gingen zwischen 1985 und 2017 ca. 36 Millionen Hektar tropischen Urwaldes durch menschliche Aktivitäten wie Bergbau, Viehhaltung, Monokulturen, und illegalem Holzeinschlag verloren. Erhalten sind schätzungsweise nur noch 83 Prozent der ursprünglichen Vegetation im Amazonas. Im gleichen Zeitraum stiegen die Weideflächen für die exportorientierte Viehhaltung von 13 Millionen Hektar auf 50 Millionen Hektar um fast das Vierfache an. Die größtenteils mit genmanipulierten Monokulturen bewirtschaftete Fläche wuchs im Amazonas ebenfalls um mehr als das Vierfache von 1 Millionen Hektar auf 4,5 Millionen Hektar. Obwohl es der brasilianischen Regierung zwischen 2003 und 2014 gelungen war, die Entwaldungsrate drastisch zu reduzieren, steigt diese seit 2015 wieder. Seit der Regierung von Michel Temer (2016-2018) wurden die Umweltauflagen für extraktive Investitionen durch eine entsprechende Gesetzgebung gelockert. Dieser umweltschädliche Trend setzt sich fort: Seit Bolsonaro die Ämter übernommen hat, werden immer mehr und immer giftigere Pestizide im Land zugelassen. Hinzu kommt der Ausbau der nationalen Erdölindustrie vor der Atlantikküste, welche die zunehmende Verbrennung fossiler Energieträger, vor allem in den USA und China, ermöglicht. Die Perspektiven auf eine nachhaltige Klimapolitik unter Bolsonaro sind daher zutiefst beunruhigend.

## Druck aus Europa?

Das Pariser Klimaabkommen ist das erste rechtlich bindende Vertragswerk, das die Rechte und Pflichten sowohl von Industrie-, als auch von Schwellen- und Entwicklungsländern entsprechend ihrer historischen Verantwortung in puncto

Umweltverschmutzung regeln soll. Bolsonaro ist eine solche Vereinbarung ein Dorn im Auge, denn er möchte keinerlei externe Kontrollen über seine Amazonaspolitik dulden. Deshalb betrachtet Bolsonaro die Arbeit von internationalen Umweltschutzorganisationen als Übergriff auf die nationale Souveränität. Doch die Rechnung ist komplexer und die internationale Machtposition Brasiliens ist begrenzt.

In der Tat musste Bolsonaro von seiner Absicht abweichen, den Pariser Klimavertrag nach Vorbild der USA unter Trump zu kündigen. Ausschlaggebend war keineswegs das normative Gewicht des Intergovernmental Panel on Climate Change der UNO (IPCC). Diesem zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen fehlen entsprechende Sanktionskompetenzen. Entscheidend war hingegen der politische Druck aus Europa. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mahnte an, sein Land würde keine Handelsverträge mit Ländern abschließen, die dem Klimavertrag von Paris den Rücken kehrten. Da Europa ein wichtiger Absatzmarkt für brasilianische Agrarprodukte ist und die Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) auf ein Assoziierungsabkommen mit der EU hoffen, musste Bolsonaro seine Position zunächst einmal überdenken. Es bleibt dennoch abzuwarten, wie Europas Großkonzerne auf Bolsonaros Steuersenkungen, Privatisierungsmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen reagieren werden.

## Fazit

Unter Jair Bolsonaro als Präsident hält sich Brasilien de jure an seine internationalen Klimaverpflichtungen. Der Pariser Klimavertrag wurde bislang nicht gekündigt. Und dennoch: De facto schlägt Brasilien den Weg in eine dezidierte Antiklimapolitik ein. Institutionelle Reformen zeugen von einer klientelistischen und klimafeindlichen Interessenskoalition zwischen Präsident, Kongress und Agrarindustrie. Somit machen sich die Schattenseiten der brasilianischen Geschichte erneut bemerkbar: Die Altlasten der ausbeuterischen Kolonialgeschichte und der wiedererwachende Autoritarismus der Militärdiktatur. Daraus ergeben sich düstere Aussichten auf Nachhaltigkeit.

■

\* Fabricio Rodríguez ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der BMBF-geförderten Forschungsgruppe „Bioökonomie und soziale Ungleichheiten“ an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er beschäftigt sich mit fossilen und erneuerbaren Ressourcen in der internationalen Politik mit Fokus auf Lateinamerika, China und USA.



**Bruno, du bist Aktivist bei der Bewegung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (Movimentos dos Pequenos Agricultores, MPA). Könntest du kurz erläutern, was die MPA ist, was ihre Ziele sind und was sie konkret tut?**

Die MPA entstand 1996 während der Amtszeit von Fernando Henrique Cardoso, die vom Vormarsch des Neoliberalismus geprägt war. Auf dem Land spiegelte sich dies in der Politik des Agrobusiness wieder, das vom internationalen Kapital und technologischen Fortschritt geprägt war, das aber die Kleinbauern ausschloss. Gleichzeitig erlebten diese eine Krise der Repräsentation, die die Notwendigkeit zeigte, sich nicht nur mit lokalen, sondern auch mit nationalen Problemen auseinanderzusetzen. Die MPA besteht seit mehr als 20 Jahren und ist in 19 Staaten Brasiliens tätig, mit einer vielfältigen sozialen Basis, einschließlich Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, mit oder ohne Land, Pächter\*innen, Extraktivist\*innen, Quilombolas, traditionellen Völkern und Indigenen. Auf dieser Grundlage besteht das Ziel des MPA darin, die brasilianische Bauernschaft auf dem Grundsatzes der Ernährungssouveränität zu organisieren, wobei Ziele wie territoriale Kontrolle und kulturelle und technologische Autonomie angestrebt werden, die den Beziehungen des ländlichen Raums zur Stadt angemessen sind. Darüber hinaus setzen wir uns für den Aufbau des Plano Campones ein, der den Kampf um Land, die Rechte von Jugendlichen und Frauen, den Wandel hin zu einer agro-ökologischen Landwirtschaft und eine qualitativ hochwertige Bildung für die Kleinbäuerinnen als eine Basis-Alternative für Brasilien umfasst.

## **„Der Hunger wird erneut zu einer Realität in Brasilien“**

### **Interview mit Bruno Pilon von der MPA\***

von Phyllis Bußler und Pedro Guzmán\*\*

**Mit dem Wahlsieg Bolsonaros hat sich das bereits angespannte politische Klima verschärft. Welche Veränderungen habt ihr als MPA in der Zeit zwischen dem Wahlsieg von Bolsonaro im Oktober 2018 und seiner Amtseinführung seit Januar 2019 erlebt?**

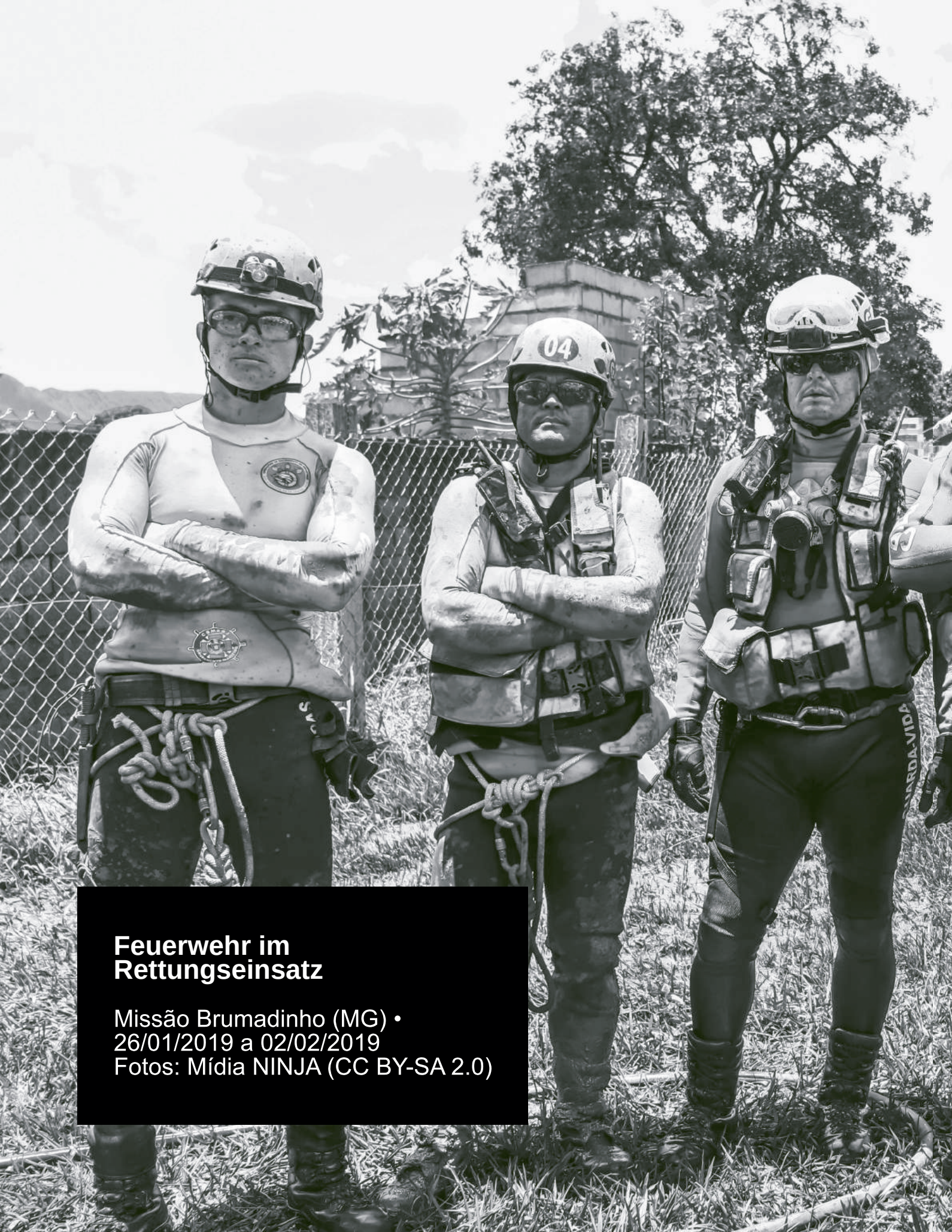
Seit der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma hat sich die Situation der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Brasilien verschlechtert. Laut den Daten der Landpastorale CPT ging die Gewalt zwischen Mitte 2000 und 2015 zurück, wuchs aber mit

dem parlamentarischen Putsch 2017 und 2018 wieder dramatisch an. Wir haben diese Spannungen im Kontext des Verlusts bäuerlicher Rechte bereits analysiert. Heute besteht die Gefahr, historische Errungenschaften zu verlieren, wie z.B. die Sozialversicherung, die eine gewisse soziale Sicherheit im Alter garantiert oder im Falle von Krankheit oder Tod von Familienmitgliedern. Dies war ein Erfolg der Kleinbauern und -bäuerinnen und stellte eine besondere Art dar, ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen. Nun sind diese gewaltsam bedroht. Darüber hinaus wurden die politischen Programme für Jugendliche und Frauen abgeschafft und die Verteilung der Produktion auf arme Familien wurde so reduziert, dass man eigentlich sagen kann, dass sie in der Praxis nicht mehr existieren. Mit der Wahl von Bolsonaro ist das viel schlimmer. In einem Monat haben wir mehr verloren als in den letzten beiden Jahren des Putsches. Dies hat auch mit der ideologischen und kulturellen Frage zu tun, wie die Gesellschaft die sozialen Bewegungen sieht. Beleidigungen und Gewalt haben zugenommen, sei es in sozialen Netzwerken oder im Alltag. Derzeit ist es kompliziert, mit einer Mütze oder einem T-Shirt der sozialen Bewegungen das Haus zu verlassen, aus Angst vor Gewalt. Auch wenn diese „nur“ verbal ist, zeigt dies, dass die Gesellschaft zunehmend das Bild von uns hat, das die Regierung Bolsonaro von uns zeichnet: dass wir nicht arbeiten würden, dass wir gegen die Entwicklung Brasiliens seien, dass wir faul sind. Wir beobachten dies mit großer Sorge, denn in nur einem Monat Regierung Bolsonaro ist die Zahl der ermordeten Bauern, die Gewalt gegen Arbeiter\*innen und traditionelle Völker schwindelerregend angestiegen.

**Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war die Übertragung der administrativen Aufgaben hinsichtlich der Landreform vom INCRA auf das Landwirtschaftsministerium. Wie seid ihr von dieser Maßnahme betroffen?**

Das ist beunruhigend, denn es ist zu beobachten, dass die Politik der Regierung Temer in Bezug auf demarkierter Gebiete der Indigenen und Quilombas mit noch mehr Gewalt fortgeführt wird. Bereits die Regierung Temer hat dem INCRA alle Ressourcen genommen, um wirklich arbeiten zu können. Die Regierung Bolsonaro hat nun alle politischen Handlungsräume der Regierung, welche von den sozialen Bewegungen geschaffen wurden, eliminiert. Dies stellt eine Niederlage dar, da die Basis in der Struktur des brasilianischen Staates immer weniger vertreten ist. Es ist unvorstellbar, dass nun ein Großgrundbesitzer wie Nabhan Garcia,





## Feuerwehr im Rettungseinsatz

Missão Brumadinho (MG) •  
26/01/2019 a 02/02/2019  
Fotos: Mídia NINJA (CC BY-SA 2.0)







die UDR verherrlicht, welche den reaktionärsten Landbesitzersektor des Landes repräsentiert, nun für die Landfrage und die Agrarreform einzusetzen. Es ist eine Provokation, die uns mitteilen möchte: "Es wird hier keine Agrarreform geben". Auch die Quilombolas und die Indigenen werden dadurch viel verlieren. Wir haben nicht nur keine wirklichen Demarkierungsprozesse mehr in Brasilien, sondern befürchten auch, die bereits gewonnenen Gebiete zu verlieren. Das ist sehr beunruhigend, denn wenn insbesondere die Indigenen und Quilombola-Gemeinschaften keine staatliche Unterstützung haben, auch zur Wiedergutmachung der historischen Schuld, werden sie zunehmend isoliert sein und evtl. mittel- oder langfristig aufhören zu existieren. An diesem besonderen Punkt sehen wir, wie Bolsonaro einer ideologischen Vereinbarung, die er mit der Agrarindustrie getroffen hat, nachkommt. Eines der historischen Probleme der Beziehung zwischen dem Agrarsektor und der PT-Regierung bestand darin, dass es immer ein Spannungsverhältnis hinsichtlich der Frage der Indigenen- und Quilombola-Gebieten und der Agrarreform gegeben hat. Zwar gingen die Regierungen von Lula und Dilma einerseits auf die Interessen des Agrobusiness ein, kamen andererseits aber den Forderungen der sozialen Bewegungen nach. So gab es in dieser Zeit die Umsetzung der Agrarreform und die Demarkierung indigener und Quilombola-Gebiete, was zu einer großen Empörung im Agrarsektor führte. So bestand eine der ersten Maßnahmen der Regierung Bolsonaro darin, diese Anspruchsräume zu beseitigen oder funktionslos zu machen. Offensicht-

lich nehmen sie sich der Agenda der Agrarindustrie an, die sie bei den Wahlen unterstützt hat.

**Zu den Zielen der Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung gehören unter anderem die Beseitigung des Hungers bis 2030 und die Umsetzung einer nachhaltigen Landwirtschaft, die die lokale Ernährungssouveränität garantiert. Inwiefern werden diese Ziele von der Politik der derzeitigen Regierung verfolgt?**

Die Umsetzung dieser Ziele wird unter der neuen Regierung nicht priorisiert. Dank der von früheren Regierungen eingeführten Politik der Nahrungsmittelverteilung ist es Brasilien seit einiger Zeit gelungen, von der Landkarte des Hungers zu verschwinden. Das nationale Schulernährungsprogramm (PNAE) sah beispielsweise vor, dass mindestens 30% der verteilten Lebensmittel aus der familiären Landwirtschaft stammen müssen, was zu einer erheblichen Verbesserung der mangelhaften und kaum nährstoffreichen Ernährung in den Schulen führte. Das Nahrungserwerbsprogramm erwarb einen Teil der Produktion aus den Familienbetrieben und machte es möglich, dass diese einkommensschwachen Familien, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Heime usw. zu Gute kam. Die Transferpolitik wie z.B. die Bolsa Familia konnten sicherstellen, dass Familien mit niedrigem Einkommen mindestens einen Korb mit Grundnahrungsmitteln pro Monat erhielten. All diese Maßnahmen wurden 2016 mit der Regierung Temer aufgehoben bzw. ausgehebelt. Brasilien, das

sich auf einem guten Weg befand, das Hungerproblem zu lösen, fällt nun zurück. Der Hunger wird erneut zu einer Realität in Brasilien, insbesondere mit der Abschaffung der Politik, die sich für die Umsetzung alternativer landwirtschaftlicher Modelle einsetzte. Prozesse, die in den letzten Jahren im Gange waren und die die bäuerliche Landwirtschaft stärkten, wie z.B. die genossenschaftliche Nahrungsmittelproduktion von Frauen und Jugendlichen, werden buchstäblich zerschlagen. Brasilien kehrt zu einer Vergangenheit der Ausgrenzung, des Elends und der Konzentration des Reichtums zurück, wie vor 50 Jahren, was den Zielen der Agenda der Vereinten Nationen zur Beseitigung des Hun-

Bruno Pilon von der Bewegung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (Movimentos dos Pequenos Agricultores, MPA), Quelle: privat.





gers zuwiderläuft. Die Agenda der Regierung Bolsonaro hat keine einzige politische Maßnahme, um dem Problem von Hunger und Armut zu begegnen.

**Kürzlich wurde der CONSEA (der Nationalrat für Ernährungssicherheit) nahezu abgeschafft. Dabei war der CONSEA ein zentraler Ort für die ländlichen sozialen Bewegungen, um ihre Agenda zu diskutieren. Welche Mechanismen werdet ihr jetzt nutzen, um eure Forderungen zu diskutieren?**

CONSEA war für die meisten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Lebensmittelqualität verantwortlich. Er war sehr gut organisiert und die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen im Allgemeinen waren sehr gut vertreten. Indem der CONSEA herabgestuft wurde – er wurde nicht wirklich abgeschafft – hat er auch seine gesamte Autonomie und effektive Handlungsfähigkeit verloren. Dies zeigt, dass die Priorität der aktuellen Regierung nicht auf der Beseitigung des Hungers und der Bekämpfung der Armut mittels der Nahrungsmittelproduktion liegt. Der CONSEA war ein wichtiger Raum für die Stärkung von Organisationen, da dort die Forderungen der sozialen Bewegungen in öffentliche politische Maßnahmen und in Gesetze umgewandelt wurden. Mit der Degenerierung des CONSEA verweisen die sozialen Bewegungen im institutionellen Prozess. Wir werden weiterhin für Gesetzesentwürfe mobilisieren, indem wir in der Abgeordnetenkammer und in der Nationalversammlung intervenieren. Dies ist mittels der Parlamentarier\*innen möglich, die unsere Politik weiterhin verteidigen. Dennoch verlieren wir einen sehr wichtigen Raum für unseren Kampf. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir eine Basismacht aufbauen, die vielleicht nicht über die institutionellen Kanäle geht, da diese geschlossen werden. Wir sind immer noch dabei zu überlegen, wie wir uns angesichts des aktuellen Szenarios am Besten organisieren.

**Mit welchen anderen negativen Auswirkungen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft rechnet ihr in diesem Jahr noch?**

Die Kommerzialisierungsmaßnahmen, die den ländlichen Familien Lebensqualität und Zugang zu Einkommen brachten, wurden abgeschafft oder unrentabel gemacht: Wenn eine Familie keinen Zugang mehr zu Ressourcen hat, erhöht sich das Risiko der Verschuldung. Dies führt dazu, dass es nicht mehr attraktiv ist, auf dem Land zu leben und zu arbeiten. Wir befürchten eine neue Welle der Landflucht, insbesondere von Frauen und jungen Menschen. Gerade diese beiden Gruppen hatten früher einen zentralen Platz in der Nahrungsmittelproduktion. Dies erhöht nur die Verarmung, führt zu einem unge-

sunden Leben in der Stadt, das von prekärer Gesundheitsversorgung, wenig Bildungsmöglichkeiten und geringer Lebensqualität geprägt ist. Wird nicht in die kleinbäuerliche Landwirtschaft investiert, nehmen Hunger und Nahrungsmittelknappheit zu und die Lebensmittelpreise steigen.

**Was sind die Strategien der MPA angesichts dieser Herausforderungen?**

Wir werden uns einer gründlichen Basisarbeit widmen müssen. In diesem Krisenmoment müssen wir die Struktur der bäuerlichen Organisation stärken. In der nächsten Zeit wird unser Fokus auf der Organisierung der Basis und dem Aufbau gemeinschaftlicher Selbstverwaltung liegen. Dies betrifft vor allem die Grundschulbildung und den Gesundheitssektor. Wir müssen diskutieren, wie wir die Strukturen der Basis auf dem Land stärken und uns gut aufstellen. Aus historischer Perspektive beobachten wir als soziale Bewegung wie der Schaffung von Handlungsspielräumen mit Gewalt begegnet wird. Dementsprechend muss die MPA ihre Strategien der Situation anpassen. Deshalb müssen wir nach Alternativen suchen, um weiter zu kämpfen und zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang gewinnt die Debatte über die Ernährungssouveränität an Bedeutung, insbesondere wenn wir über die Einheit an der Basis sprechen. Die andere Strategie ist, dass wir diese Einheit für die Beziehung zwischen Stadt und Land herstellen wollen. Und natürlich der Internationalismus: denn das, was in Brasilien geschieht, ist kein isoliertes Ereignis, sondern Teil eines internationalen Prozesses, weshalb wir uns mit den Bewegungen der ganzen Welt international organisieren müssen.

**Die MPA ist Mitglied von La Via Campesina. Wie werdet ihr eure internationalen Netzwerke für euren Widerstand nutzen?**

Ohne Zweifel werden wir auf das Netzwerk zurückgreifen. La Via Campesina ist eine Strategie des internationalen kleinbäuerlichen Widerstands, welche sicherstellt, dass unsere Bewegungen Krisen und Gewaltakte überwinden und Perspektiven schaffen können. Ohne die von La Via Campesina vorgeschlagene Idee der internationalen Einheit wäre unsere Bewegung in einer noch schlimmeren Situation. Wir verstehen, dass es sich um ein globales Problem mit einem globalen Ausweg handelt. Deshalb ist es so wichtig, sich über die Via Campesina zu organisieren und ihre Netzwerke als eine Form der medialen Vermittlung zu nutzen, die das Geschehen hier anprangert. Die internationalen Medien, insbesondere die großen brasilianischen Medien, sind nicht bereit, das, was mit den Menschen auf dem Land, den Kleinbäuerinnen und -bauern passiert, sichtbar zu machen. Stattdessen tragen sie dazu

bei, dass die Gewalt gegen diese zunimmt, indem sie als rückständig, desorganisiert, schwach und ohne produktive Kraft stigmatisiert werden.

### **Inwiefern können Menschen und solidarische Organisationen und Bewegungen im Ausland euren Kampf unterstützen?**

Solidarität ist hier von grundlegender Bedeutung. Wenn wir wissen, dass wir nicht allein sind, haben wir mehr Kraft und sehen mehr in unserem Kampf. Momentan benötigen wir viel internationale Solidarität, die bereit ist, uns zu unterstützen, indem sie das, was im Land geschieht, verurteilt. Der Blick von Außen ist wirksamer, weshalb die Solidarität z.B. über verschiedene Kommunikationskanäle fundamental ist. Das andere ist der Prozess der internationalen Zusammenarbeit. Sie ist von grundlegender Bedeutung, damit Gemeinschaften und Völker diesen schwierigen Moment überwinden können. Es ist wichtig, dass die Menschen unsere Organisationen besuchen, Kontakt aufnehmen, wirklich verstehen, was dort passiert, und gemeinsame Lösungen entwickelt werden. Solidarität ist in jeder Hinsicht und auf jede erdenkliche Weise von grundlegender Bedeutung. ■

\* Bruno Pilon war 2017 und 2018 Koordinator des Nationalbüros der Movimento dos Pequenos Agricultores in Brasília und ist momentan in der nationalen Koordination der MPA tätig. Das Interview wurde im Januar 2019 über Whatsapp geführt.

\*\* Phyllis Bußler hat Bruno Pilon 2017 während ihrer Forschungsreise zum Dissertationsprojekt über transnationale zivilgesellschaftliche Netzwerke zwischen Brasilien, Japan und Mosambik, getroffen.

Pedro Guzmán promoviert an der Universität zu Köln über die Darstellung der Yanomamis in den Fotografien des deutschen Journalisten Georg Seitz in den 1950er Jahren.

**Fast** 1.500 km zieht sich die Bundesstraße BR-163 durch den brasilianischen Amazonas. Seit den 2000er Jahren wird sie etappenweise asphaltiert - zur Freude der auf den Export setzenden Land- und Holzwirte. Die lokale Bevölkerung sowie die kommunale Infrastruktur bleiben hingegen auf der Strecke.

## **Soja im Regenwald**

von Fabiana Frayssinet\*

Miritituba, Brasilien. Die Bundesstraße BR-163, ein alter Entwicklungstraum der brasilianischen Militärregierungen aus den 1970er Jahren für die Besiedelung der Amazonasregion, wurde jüngst von Soja-Produzenten mit dem Plan zur Asphaltierung eines Teilstücks wiederbelebt. Damit sollen die Transportkosten auf den Wasserwegen verringert werden. Die Instandsetzung und der Ausbau des Amazonas-Straßenabschnitts zwischen Santarém und Miritituba im nördlichen Bundesstaat Pará verschärft die klassischen Probleme der Abholzung und des Landbesitzes in der Region. Neue soziale Konflikte zeichnen sich ab.

Die Landschaft entlang der 350 Kilometer langen BR-163 zwischen Santarém und Miritituba hat wenig mit unserer Vorstellung von der Amazonasregion als einem tropischen Regenwaldgebiet mit der größten biologischen Vielfalt auf unserem Planeten gemein. Zwischen den beiden Hafenterminals – Miritituba am Tapajó, dem größten Nebenfluss des Amazonas, und Santarém an der Mündung des Tapajó in den Amazonas – sind zwar kleine Baumgruppen zu erkennen, aber sie sind nur Inseln in riesigen Soja-Anbauflächen.

Rinder grasen friedlich auf der Weide oder ruhen sich im Schatten der wenigen Bäume aus. Sie suchen dort Schutz vor den hohen, durch die Abholzung noch weiter gestiegenen Temperaturen, und sie sind auch die einzigen Säugtiere, die man hier sehen kann.

### **Die Erschließung der Region Amazonas**

"Als wir vor 30 Jahren hierherkamen, war hier nur Urwald", erinnert sich die Bäuerin Rosineide Maciel. Maciel sehnt sich nicht nach früheren Zeiten zurück. Zusammen mit Tausenden von brasilianischen Migrantinnen und Migranten aus anderen Regionen kam sie damals hierher, angelockt von den Erschließungs- und Siedlungsplänen der Militärregierungen für das Amazonasgebiet und von deren Versprechungen, dort Land zu bekommen.





Soja Transport auf der BR-163 Rondonópolis  
Foto: Agencia Brasil (CC-BY-3.0-BR).

Dank der Asphaltierung der Straße, mit der 2009 in diesem Amazonas-Abschnitt begonnen wurde, braucht sie heute weniger Zeit, um ihren Maniok, Farbstoffe und Reis mit dem Lieferwagen in das 200 Kilometer entfernte Rurópolis zu bringen und ihre Produkte dort auf dem Markt zu verkaufen. "Seit der Weg besser geworden ist, können wir unsere Erzeugnisse leichter transportieren. Früher gab es auf der Strecke nach Rurópolis viele Schlaglöcher, und in der Regenzeit brauchten wir über die schlammige Straße drei Tage", erinnert sie sich. Ihre Familie besitzt, um von Dorf zu Dorf zu fahren, auch noch ein Moped.

Die Überlandstraße BR-163 wurde in den 1970er Jahren gebaut, war jedoch auf dem Teilstück zwischen Cuiabá, der Hauptstadt des benachbarten Bundesstaates Mato Grosso, in dem landesweit die größte Menge an Soja erzeugt und exportiert wird, und Santarém über Jahrzehnte hinweg praktisch unbefahrbar. Heute wird sie für den Sojatransport von Cuiabá zum Binnenhafen von Santarém genutzt.

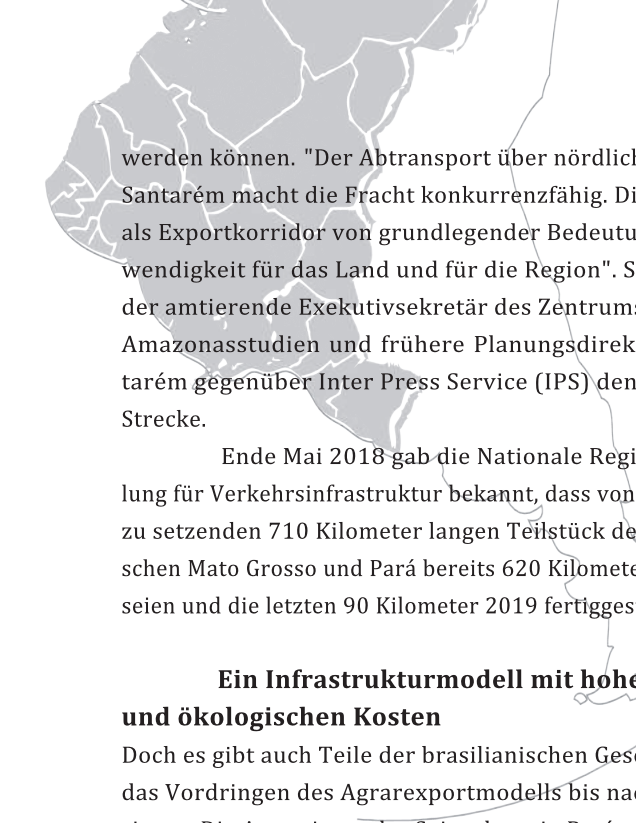
Auf der BR-163 mit einer Gesamtlänge von 1.470 Kilometern müssen sich tonnenschwer mit Soja und Mais beladene Lastwagen auf der Strecke zwischen den Plantagen im Mato Grosso und den Binnenhäfen von Pará über ein 90 km langes unbefestigtes Teilstück quälen und weitere Straßenabschnitte voller Schlaglöcher bewältigen. Unfälle gehören zum Alltag, und dies sowohl in der Trockenzeit, in der die von den vorbeifahrenden Fahrzeugen aufgewirbelten Staubwolken aus roter Amazonas-Erde die Sicht erschweren, als auch in der Regenzeit, wenn sich die Straße in einen einzigen Morast verwandelt.

Dennoch ist dies im Vergleich zu früher ein Paradies für die LKW-Fahrer, die zur Erntezeit die Strecke mindestens fünf Mal im Monat zurücklegen. "Als vor drei Jahren der Sojatransport nach Santarém begann, brauchte ich manchmal noch 10 oder sogar 15 Tage für diese Strecke. Heute schaffe ich das in nur drei Tagen, wenn es nicht regnet", erzählt der Lastwagenfahrer Pedro Gomes aus dem nördlichen Mato Grosso, und er fügt hinzu: "Auf alle Fälle muss das aber noch besser werden. Es gibt noch viele Schlaglöcher."

Die BR-163 endet in Santarém an der Einfahrt zum Hafenterminal des US-Konzerns Cargill, der sein Getreide über den Amazonas an den Atlantik und von dort aus zu seinen wichtigsten Märkten verschifft, darunter China und Europa.

Diese Hafenanlage bildet zusammen mit weiteren Terminals, die von anderen Konzernen in Santarém, Miritituba und Barcarena – dem an der Amazonasmündung gelegenen Hafen von Belém – geplant bzw. gebaut wurden, und mit der asphaltierten Überlandstraße ein logistisches Infrastrukturgefüge, mit dem Frachtkosten auf dem Land- und Seeweg durch den brasilianischen Norden eingespart werden sollen. So wurde die 2.000 Kilometer lange Fahrtstrecke für die Lastwagen erheblich verkürzt, denn so lang ist die Strecke vom Mato Grosso bis zu den überlasteten Häfen im Süden und Südosten des Landes wie beispielsweise Santos im Bundesstaat São Paulo oder Paranaguá im Bundesstaat Paraná.

Die Vereinigung der Sojaproduzenten von Mato Grosso hat errechnet, dass mit der Straße nach Santarém Frachtkosten in Höhe von 40 US-Dollar pro Tonne eingespart



werden können. "Der Abtransport über nördliche Häfen wie Santarém macht die Fracht konkurrenzfähig. Die BR-163 ist als Exportkorridor von grundlegender Bedeutung, eine Notwendigkeit für das Land und für die Region". So begründet der amtierende Exekutivsekretär des Zentrums für Höhere Amazonasstudien und frühere Planungsdirektor von Santarém gegenüber Inter Press Service (IPS) den Ausbau der Strecke.

Ende Mai 2018 gab die Nationale Regierungsabteilung für Verkehrsinfrastruktur bekannt, dass von dem Instand zu setzenden 710 Kilometer langen Teilstück der Straße zwischen Mato Grosso und Pará bereits 620 Kilometer asphaltiert seien und die letzten 90 Kilometer 2019 fertiggestellt würden.

### **Ein Infrastrukturmodell mit hohen sozialen und ökologischen Kosten**

Doch es gibt auch Teile der brasilianischen Gesellschaft, die das Vordringen des Agrexportmodells bis nach Pará kritisieren. Die Ausweitung des Sojaanbaus in Pará und die gleichzeitige Instandsetzung der Überlandstraße haben dort zu einer Zunahme illegaler Landbesetzungen geführt und die Bodenpreise in die Höhe getrieben. «Durch die Asphaltierung der BR-163 ist der Grundstücksmarkt angeheizt worden. In einer Region, in der es häufig zu rechtswidrigen Inbesitznahmen von Land kommt und es keine Raumordnung gibt, werden so soziale und ökologische Konflikte geschürt», sagt der promovierte Experte für Humangeographie Mauricio Torres von der Universidade Federal do Oeste do Pará (UFOPA). Er gehört zu den größten Kennern der Landkonflikte im Bundesstaat Pará.

Im Zuge dieser Entwicklung haben auch die Abholzungen zugenommen. "Abgeholzt wird nicht zu Produktionszwecken, sondern um sich in betrügerischer Weise Land anzueignen. In der Region an der BR-163 gibt es ein gängiges Sprichwort, das besagt: «Das Land gehört dem, der es abholzt.» Die Entwaldung wird so zu einem illegalen Instrument der Aneignung von öffentlichem Grund und Boden", meint Torres.

Im Jahr 2006 verabschiedete die Regierung einen Plan zur nachhaltigen Entwicklung an der BR-163, mit dem die sozialen und ökologischen Folgen der Straßeninstandsetzung durch sich selbst tragende Projekte für die lokalen Gemeinden verringert werden sollten. Das Programm ist allerdings mittlerweile "in der Schublade gelandet", erklärt Raimunda Monteiro, Rektorin der UFOPA. Und warnend fügt sie hinzu: "Wenn aber die Gemeinden entlang der BR-163 nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt werden, wie man dies zugesagt hatte, dann werden sie tendenziell einen ungeheuren Umwälzungsprozess erfahren. Un-

ter anderem wird der Bodenpreis steigen, und die kleinen Eigner werden ihr Land verkaufen, so dass der Großgrundbesitz zunehmen wird."

"Aus derzeitiger Sicht und aufgrund der Tatsache, dass selbst Ausländer Land aufkaufen, wird sich die Konzentration des Landbesitzes in den Händen einiger weniger verschärfen. Durch die Wertsteigerung der Böden ist die Abwanderung der bäuerlichen Bevölkerung vorprogrammiert", beklagt die Rektorin.

Die großangelegte Entwaldung wurde in den 1980er Jahren zunächst durch die Holzgewinnung verursacht. Dennoch kam es laut Monteiro auf den dortigen Flächen nicht zu einem völligen Kahlschlag, denn durch die Subsistenzlandwirtschaft "konnte sich der Wald stufenweise erneuern". Raimunda Monteiro stellt fest: "Als jedoch von 2006 an die großen Produzenten nach Pará kamen, holzten sie all diese Gebiete ab, die gerade dabei waren, sich zu erholen und in denen noch ein gewisses Gleichgewicht herrschte." Nach ihren Schätzungen sind mittlerweile etwa 120.000 Hektar Land in Sojaplantagen umgewandelt worden.

Mauricio Torres wiederum weist auf die Entstehung weiterer gesellschaftlicher Probleme wie z. B. der Prostitution hin, insbesondere von Minderjährigen: «Jahrhundertealte Städte in Pará könnten zu Großbordellen für LKW-Fahrer werden», warnt er.

Die Bewohner von Campo Verde, einem 30 Kilometer von Miritituba entfernt gelegenen Ort, der von der Produktion von Palmherzen und den Sägewerken lebt, haben bereits unter dieser und anderen Folgen zu leiden. Hier trifft die BR-163 auf die Transamazônica, eine mehr als 4.000 Kilometer lange Straße quer durch den gesamten Norden Brasiliens. Die Bevölkerungszahl von Campo Verde ist von 4.500 auf 5.500 Einwohner gestiegen, seitdem der Ort vor etwa drei Jahren zu einem Transitpunkt für den Transport von Soja und Baumaterialien wurde. Nach Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden des dortigen Nachbarschaftsvereins haben Prostitution und Drogen seitdem drastisch zugenommen.

"Wir sehen immer mehr Prostitution und Drogen, denn viele Menschen kommen und gehen hier, und das zeigt schließlich seine Wirkung, vor allem bei den Jugendlichen. Drogen sind heute ein besorgniserregendes Phänomen in der Gemeinde, in der Schule, in den Kirchen. Wir halten überall Vorträge, um das Problem einzudämmen. Die Lebensweise unserer Gemeinde hat sich sehr verändert", fügt er hinzu.

Der Ort wird durch die Straße durchschnitten, und seit über zwei Jahren warten die Anwohner und Anwohnerinnen darauf, dass dort ein Kreisverkehr fertiggestellt wird, um die meist mit überhöhter Geschwindigkeit fahrenden Liefer-



wagen und Laster zum Abbremsen zu zwingen.

"Durch diesen Ort fahren etwa 1.000 beladene LKW pro Tag. Die meisten Menschen hier sind mit Mopeds unterwegs, und es ist sehr schwierig, durch den Verkehr zu kommen. Die Unfälle haben stark zugenommen, und immer sind daran Motorräder und LKW beteiligt. An einer Brücke hier ganz in der Nähe haben wir in zwei Jahren schon 10 Unfälle gehabt", beklagt Alves. Während die Instandsetzung der Straße den Menschen von Campo Verde im Alltag zahlreiche Probleme bereitet, warten sie noch immer auf die versprochene Ausbesserung der Gemeindestraßen, auf denen sie sich bewegen und ihre Waren und Erzeugnisse transportieren, darunter zwei ihrer traditionellen Produkte: Bananen und Maniokmehl.

"Wir sind in unseren Aktivitäten schon stark beeinträchtigt. Die Gemeindestraßen sind vernachlässigt worden, weil die staatlichen Stellen den großen Bauvorhaben Vorrang einräumen", erläutert Alves. Er hofft darauf, dass die Regierung mehr in diesen Bereich und andere Dienstleistungen zur Förderung der ländlichen Mobilität und ebenso auch in Verbindungen zu und zwischen den Kleinstädten der Region investiert, so z. B. in Busverbindungen zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung. Die Agrarkonzerne träumen von einer Expansion des Sojakorridors durch den Bau einer Eisenbahnstrecke nach Miritituba. Dieses Vorhaben ist bereits mit chinesischem Kapital geplant.

"Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die asphaltierte BR-163 keine Infrastruktur darstellt, die darauf ausgelegt ist, das Leben der Bevölkerung und die lokale Entwicklung zu verbessern, sondern dass sie ausschließlich zum Nutzen der großen Sojaproduzenten von Mato Grosso gebaut wird. Der Bundesstaat Pará wird damit zu einem reinen Transportkorridor für Soja", beklagt Mauricio Torres. ■

\* Fabiana Frayssinet, argentinische Journalistin, ist auf internationalen Journalismus und die Berichterstattung über Entwicklungsfragen spezialisiert.

> Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt.

> Dieser Artikel erschien im Magazin der Heinrich Böll Stiftung PERSPECTIVAS LATEINAMERIKA unter der Lizenz: CC BY-SA 4.0.

**Der neue neoliberale Wirtschaftsminister Paulo Guedes sieht in Chile ein Vorbild für die brasilianische Wirtschaft, allerdings gibt es noch viele Unklarheiten.**

## Welcome to the free Market!

von Gabriela Riffel\*

Als Jair Bolsonaro während seines Wahlkampfes Paulo Guedes als zukünftigen Wirtschaftsminister angekündigt, gewann er dadurch an Glaubwürdigkeit für die brasilianische Mittel- bzw. Oberschicht. Der neue Wirtschaftsminister Brasiliens hat an der University of Chicago promoviert, er und die übrigen sogenannten „Chicago Boys“ sind für ihre starke neoliberale Prägung in der Ökonomielehre bekannt. Wie beide in mehreren Interviews bestätigten, sind der seit Januar amtierende Präsident Bolsonaro und Guedes seit langem befreundet. Die Ankündigung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik durch Guedes hat die Finanzmärkte positiv in Bewegung gesetzt. Je mehr Bolsonaro an Zustimmung während des Wahlkampfes gewann, desto mehr wurde die brasilianische Währung (Real) aufgewertet.

Die konservativen Parteien in Brasilien, denen auch die PLS unter Bolsonaro angehört, gelten als Vertreterinnen der Interessen der sozialen Oberschicht. Konservativ kommt von dem Lateinischen conservare, was als „bewahren“ übersetzt werden kann. Dies bedeutet in politischen Sinne den Status Quo zu erhalten und für Stabilität zu sorgen. In einem Land, in welchem die Mehrheit der Menschen in Armut lebt und die soziale Ungleichheit besonders groß ist, ist es für eine konservative Partei auf Basis dieser Grundsätze schwierig eine Wahl zu gewinnen.

Wie es Bolsonaro dennoch gelang, zeigt sich in seiner Antrittsrede, in der er ankündigte, dass die Menschen für die „Befreiung vom Sozialismus“ gestimmt hätten. Diese Rhetorik ähnelt der des Militärputsches von 1964, welcher den demokratisch gewählten Präsidenten João Goulart entmachtete. Bereits damals schürte das Militär die Angst der Bevölkerung vor einem kommunistischen Umschwung, um an die Macht zu gelangen.

Im Zuge seines Amtsantritts nutzte der frisch vereidigte Wirtschaftsminister Paulo Guedes die aus dem Wahlkampf bekannte christliche Rhetorik, mit welcher Jair Messias Bolsonaro durch seine Unterstützer eine beinahe göttliche Mission angedichtet wurde. Das Narrativ vom Er-

löser des Landes, welches Bolsonaro in seinem Wahlkampf aufgebaut hat, bleibt auch nach der Wahl bestehen.

Die "Mission" des Wirtschaftsministers ist allerdings weit konkreter und stammt direkt aus der Schule der „Chicago Boys“. Er plant eine tiefgreifende Umstrukturierung der brasilianischen Wirtschaft, die sich an Chile orientieren soll. Dieses Vorbild wählte Guedes weil es als Beispielfall für die neoliberalen Wirtschaftstheorie der „Chicago Boys“ gilt. Unter ihrem Einfluss verringert sich nicht nur die Inflation sondern steigerte sich auch das BIP Chiles während der 70er und 80er Jahre. Allerdings auf Kosten einer steigenden Arbeitslosenrate und durch die Privatisierung von Staatsbetrieben und öffentlicher Infrastruktur. Guedes selbst lehrte in dieser Zeit als Wirtschaftsprofessor an der Universidade do Chile. In Brasilien bestehen heutzutage Bedenken, da Guedes und die Chicago Boys damals offen mit dem Diktator Augusto Pinochet kooperierten. Diese Bedenken werden durch die offen geäußerte Bewunderung Bolsonaros für Pinochet noch gesteigert.

Die Formel der Wirtschaftspolitik Chiles lautete: Preisfreiheit, Marktöffnung, Steuersenkung und die Privatisierung staatlicher Unternehmen, welche parallel mit der Indoktrination der Bevölkerung umgesetzt wurden. Eben diese wirtschaftsbezogene Formel möchte Guedes auch in Brasilien implementieren. Die wirtschaftlichen Veränderungen sollen dabei auf drei Säulen aufbauen. Erstens, die Verkleinerung des Staatsapparates, zweitens, eine "radikale" Rentenreform und drittens, die Privatisierung zahlreicher staatlicher Unternehmen. Damit gibt Bolsonaro vor, die endemische Korruption des Landes zu bekämpfen. Den Linken wird vorgeworfen, einen Staat geschaffen zu haben, der Korruption begünstigt oder gar fördert.

Den ersten Schritt seiner Reformen setzte Bolsonaro bereits in Januar um, indem er das neue Wirtschaftsministerium schuf. Dieses neue Ministerium entstand durch den Zusammenschluss der Ministerien für Finanzen, für Planung, für die Industrie und für Außenhandel und Dienstleistungen. Durch diese Neustrukturierung konnte die Regierung 2900 Mitarbeiter\*innen entlassen. Die Höhe der entstandenen Einsparungen wurde allerdings nicht beziffert. Parallel zu dieser ersten Maßnahme, arbeitet Guedes an noch tiefgreifenderen Reformen. So gab er in einem am 23. Januar erschienenen Interview bei Bloomberg auf die Frage welches seiner angekündigten Vorhaben die oberste Priorität haben würde, ohne zu zögern an, dass dies eindeutig die Rentenreform sei. Über die Notwendigkeit einer solchen Reform herrscht ein Konsens unter den Expert\*innen. Die Finanzierung des Rentenhaushaltes wird heute durch die

Beiträge der Arbeitnehmer\*innen geleistet. Aufgrund des demografischen Wandels kann dieses Modell jedoch nicht nachhaltig bestehen bleiben. Die Regierung verschuldet sich durch Bezuschussung enorm und die junge Generation wird dennoch zunehmend belastet. Der Vorschlag der neuen Regierung ist ein Modell für ein Kapitaldeckungsverfahren zu schaffen. Bei diesem Modell würden alle Arbeitnehmer\*innen in die eigene Rente einzahlen. An dieser Stelle orientiert sich Guedes direkt am chilenischen Vorbild, wo bereits 1980 ein solches Verfahren eingeführt wurde.

Wie eine solche Umstellung in Brasilien funktionieren soll, ist jedoch unklar. Guedes argumentiert, dass ein Teil der Umstellungskosten durch die geplanten Privatisierungen gedeckt werden. Der Privatisierungsprozess wird allerdings bestenfalls mittelfristig durchgeführt, weshalb unklar bleibt, wie das Wohlstandsgefälle während des Übergangs ausgeglichen werden soll. Es wird daher nicht leicht sein, eine parlamentarische Mehrheit für eine solche Rentenreform zu gewinnen. Dies wird unter anderem durch die große Anzahl der politischen Parteien und deren bisweilen stark voneinander abweichenden Positionen verstärkt. Es wird erwartet, dass Guedes für seine Rentenreform den Oppositions-Parteien weitreichende Zugeständnisse in anderen Wirtschaftsbereichen machen wird. So spricht er bereits über die Verlangsamung der geplanten Handelsöffnung, welche üblicherweise ein hohes Konfliktpotenzial im Parlament birgt. Dieses Vorgehen widerspricht allerdings einem Vorhaben Bolsonaros, der sich während des Wahlkampfes gegen einen Austausch von politischen Gefälligkeiten aussprach, da dies die Korruptionen und ein System von Patronage-Beziehungen fördern würde. Somit erfährt Bolsonaro bereits jetzt, wie schwierig es ist, ein Land mit über dreißig politischen Parteien zu regieren.

Das umfassende Privatisierungsprogramm ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des wirtschaftlichen Transformationsprozesses unter Bolsonaro. Im Wahlkampf kündigte Bolsonaro an, er beabsichtige, staatliche Unternehmen zu verkaufen und in private Hand zu führen. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, die Unternehmen effizienter zu gestalten und gleichzeitig die Korruptionsanreize zu verringern. In Brasilien sind sich alle darüber einig, dass Korruption ein Problem darstellt. Durch die Privatisierungen entsteht aber ein neues Problem, nämlich die Verteilung der Anteile an den sehr gewinnbringenden staatlichen Unternehmen. Der Staat ist aktuell im Besitz von 147 Firmen. Welche davon zu welchen Bedingungen und an wen verkauft werden sollen, ist noch nicht bekannt. Die große Anzahl der unbekannten Variablen bei diesen Verkäufen erzeugen daher



ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Privatisierungsprozess. Ein weiteres Beispiel für eine fehlgeschlagene Privatisierung ist der Konzern Vale, der sowohl die Umweltkatastrophe von Mariana als auch an den Dammbruch vom 25. Januar in Brumadinho zu verantworten hat. Wirtschaftliche Interessen verhinderten in diesen Fällen eine sorgfältige Planung und Überwachung der Staudämme.

Eines ist jedoch sicher: Wenn Guedes es schafft, seinen Wirtschaftsplan umzusetzen und dadurch die Wirtschaft zu stabilisieren, wird es für die Linken erheblich schwieriger, sich von dem politischen Knock-out der letzten Wahl zu erholen. Die Wirtschaftskrise Brasiliens war ein wichtiger Faktor für das Wachstum der politischen Rechten. Bevor Dilma Rousseff abgesetzt wurde, erreichte die Arbeitslosenquote einen Rekordwert. Wenn sich Guedes Reformen unter Bolsonaro als erfolgreich erweisen, wird das Vertrauen der Märkte zurückkehren, die Investitionen und das BIP werden ansteigen und die Arbeitslosigkeit sinken. Eine solche Entwicklung würde die Dominanz der rechten Parteien in der Politik Brasiliens konsolidieren.

Der wirtschaftliche Erfolg könnte Bolsonaros fremdenfeindliche, rassistische und gegen Homosexuelle gerichtete Thesen salonfähig machen. Des Weiteren scheint Bolsonaro bemüht die Diktatur von 1965 bis 1985 als notwendige Maßnahme gegen den Kommunismus zu legitimieren. Dies wäre wohl eine der gefährlichsten Auswirkungen eines wirtschaftlichen Erfolges der Regierung Bolsonaros. Schritte in diese Richtung sind bereits im Gang. Eduardo Bolsonaro, Parlamentarier und Sohn des Präsidenten, hat bereits einen Monat nach der Wahl eine Überprüfung der Schulbücher bezüglich der Diktatur veranlasst. Zu vermuten ist, dass er den Inhalt der Lehrbücher abändern will. Es wird argumentiert, dass die Geschichte einseitig geschrieben worden sei und das Militärregime nicht als „Diktatur“ bezeichnet werden dürfe.

Paulo Guedes hatte im ersten Regierungsmonat bereits mehrere Treffen mit Mitgliedern der Wirtschaftslobby. Brasilien braucht allerdings nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch soziale Gerechtigkeit. Der neoliberale Wirtschaftsplan alleine kann zwar Wachstum bringen, doch er mindert nicht die Diskrepanzen der Einkommensverteilung. Als Beispiel dafür kann sogar das von Guedes so oft angeführte Chile dienen. Obwohl Chiles BIP



Der neue Wirtschaftsminister, Paulo Guedes  
Foto: Alan Santos (CC BY-NC-SA 2.0).

pro Kopf das höchste in Lateinamerika ist, hat das Land seit Jahren den Ruf als eines der sozial besonders ungleichen Länder der Region. Dies zeigt sich zum Beispiel in Chiles Bildungswesen. Als Teil der neoliberalen Wirtschaftsreformen in den 80er wurden auch die Universitäten privatisiert, wodurch die Studiengebühren einen großen Teil der Bevölkerung von höherer Bildung ausschloss und somit soziale Mobilität einschränkte.

In seiner Antrittsrede sagte Bolsonaro, die Brasilianer "können und sollen träumen und die Früchte ihrer Arbeit genießen, welche durch Meritokratie hervorgebracht werden". Die Frage bleibt allerdings: Wie bietet man den Ärmsten Chancengleichheit ohne soziale Unterstützung?

Brasilien erreicht auf dem Index der menschlichen Entwicklung (HDI) einen der niedrigsten Werte. Die Notwendigkeit einer ausgewogenen Einkommensverteilung ist daher offensichtlich. Trotz aller Kritik an den linken Parteien und der angesprochenen Korruption, dürfen soziale Maßnahmen nicht als linkes sozialistisches Gedankengut dämonisiert werden. Die von Bolsonaro angeführte Meritokratie setzt sozioökonomische Maßnahmen der Regierung voraus. Damit die Ärmsten der Gesellschaft stärker vom Wohlstand Brasiliens profitieren und die Diskrepanz zwischen Arm und Reich nicht noch weiter steigt. ■

\* Gabriela Riffel unterstützte als Tagungshelferin die Planung und Durchführung des Runden Tischs Brasilien 2018 in der KoBra Geschäftsstelle. Sie studiert Wirtschaft an der Universität Hamburg.

In den ersten Momenten sozial-ökologischer Katastrophenereignisse richtet sich die mediale Aufmerksamkeit mitunter auf bis dato unbekannten Verhältnisse an anderen Orten in der Welt und zeigt deren globale Verflechtungen auf. Die Dammbrüche von Mariana (2015) und Brumadinho (2019), bei denen giftige Schlammlawinen aus Eisenerzminen ganze Ökosysteme langfristig zerstörten sowie Siedlungen und Menschenleben auslöschten, brachten zunächst die ökologisch katastrophalen Produktionsbedingungen von brasilianischem Eisenerz in den Blick. Davon ausgehend wurde auch die fahrlässige, primär auf globalen Wettbewerb ausgerichtete Regulierung des brasilianischen Rohstoffsektors und die darin involvierten gewinnorientierten transnationalen Bergbauunternehmen thematisiert. Ein kurzes Blitzlicht fiel aber auch auf die Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten, die vermittelt über den Weltmarkt die Rohstoffsicherheit des Automobilsektors im Globalen Norden gewährleisten, von dessen Wettbewerbsfähigkeit dort wiederum Arbeitsplätze und die Lebensqualität vieler Menschen abhängen.

## Imperiale Lebensweise und Ansatzpunkte für eine solidarische Lebensweise

von Bettina Köhler\*

Der Einsturz des Fabrikkomplexes Rana Plaza 2013 in Bangladesch brachte für einen kurzen Moment die Arbeitsbedingungen von Textilarbeiterinnen in den Blick, die T-Shirts für die Discounter des Globalen Nordens produzieren. Meldungen über Dürren und immer häufigere Hochwasserereignisse verdeutlichen, dass Klimawandel keine abstrakte Frage von CO<sub>2</sub>-Grenzwerten ist, sondern in vielen Regionen der Welt, ganz konkret die Lebensverhältnisse von Menschen unterminiert – etwa von Kleinbäuer\*innen die ihr Land verlieren oder von indigenen Gemeinschaften, deren Existenzgrundlagen durch verseuchtes Grundwasser zerstört wird.

Wenngleich das Wissen über die Hintergründe sozial-ökologischer Krisenphänomene zunimmt und sich ein diffuses Bewusstsein darüber ausbreitet, dass mehr Nachhaltigkeit notwendig wäre, nimmt die Unnachhaltigkeit weltweit zu. Das Konzept der „imperialen Lebensweise“ setzt an dieser Stelle an und fragt, warum eine grundlegende sozial-

ökologische Transformation trotz all des Wissens über zerstörerische Zusammenhänge so schwierig ist.

Das Konzept zeichnet den systematischen Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand in einigen Teilen der Welt und der zunehmenden Zerstörung und Ausbeutung in anderen Weltregionen nach und gibt hierfür analytische Begriffe an die Hand. Die Grundannahme ist, dass die im Globalen Norden vorherrschende Produktions- und Lebensweise systematisch auf einem unbegrenzten Zugriff auf Natur und billige Arbeitskräfte an anderen Orten der Welt basiert. Der damit für viele Menschen im Globalen Norden einhergehende materielle Wohlstand basiert also systematisch auf der Ausbeutung von Mensch und Natur im Weltmaßstab. Die günstigen alltäglichen Konsumprodukte, die vielen Menschen ein komfortables Leben ermöglichen, werden oftmals in anderen Regionen unter ökologisch zerstörerischen Bedingungen und auf der Basis von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen hergestellt. Die schädlichen Nebeneffekte dieser Lebensweise werden in andere Weltregionen ausgelagert also externalisiert.

Das Ausmaß der Zerstörungen an anderen Orten der Welt und die Verbindungslinien zu den Verhältnissen hier bleiben jedoch während der alltäglichen Fortbewegung mit dem Auto oder dem Einkauf von Modeartikeln unsichtbar. Die sozial-ökologischen Voraussetzungen der konsumierten Produkte und der eigenen Lebensweise werden im Alltag

systematisch ausgeblendet. Es wird gerade nicht danach gefragt, wie Produkte hergestellt und später wieder entsorgt werden, woher die Rohstoffe kommen und unter welchen Bedingungen sie gewonnen werden und welche Arbeitsbedingungen entlang der Produktionsketten herrschen. Durch diesen unbegrenzten Zugriff auf Natur und Arbeitskraft im Weltmaßstab werden die Lebensverhältnisse jedoch an anderen Orten in hierarchischer Weise tiefgreifend strukturiert. Entlang von vielfältigen gesellschaftlichen Spaltungslinien wird dabei der Wohlstand einiger auf Kosten anderer ermöglicht. So werden im Globalen Norden überproportional mehr Ressourcen verbraucht als im Globalen Süden; reichere Menschen haben in der Regel einen größeren ökologischen Fußabdruck als einkommensschwächere (z.B. hinsichtlich Flugreisen, Automobilnutzung, Fleischkonsum); schlecht und unbezahlte Reproduktions- und Sorgearbeit ist in der geschlechtlichen Arbeitsteilung und je nach Herkunft ungleich verteilt.





Missão Brumadinho - Einsatzpläne der Rettungskräfte  
Fotos: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0).

Dieses System der imperialen Produktions- und Lebensweise wird durch vielfältige Strukturen politisch, rechtlich, ideologisch und mitunter auch militärisch abgesichert – etwa durch Handelsabkommen, durch staatliche Institutionen oder private Akteure. Zwänge entstehen aber auch dadurch, dass beispielsweise durch die Errichtung großer Infrastrukturprojekte – wie Transitstraßen durch den Amazonas oder große Staudammprojekte – Entwicklungspfade vorgegeben werden, die ausschließlich auf eine Ausweitung der Warenzirkulation auf dem Weltmarkt und weniger auf nachhaltigere Entwicklungen und regionale Bedürfnisse ausgerichtet sind.

Zugleich hat die imperiale Lebensweise für viele Menschen eine hohe Attraktivität und ist tief verankert in deren Alltagspraktiken. Sie verspricht breiten Bevölkerungsschichten eine materielle Teilhabe und ein modernes komfortables Leben, das oftmals über billige Konsumprodukte vermittelt ist.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich diese imperiale Lebensweise im Globalen Norden zunehmend verallgemeinert und bezieht immer mehr gesellschaftliche Gruppen ein. Mit dem Aufstieg der Schwellenländer und den Konsummustern einer wachsenden globalen Mittelklasse hat sie sich jedoch zudem auch im globalen Maßstab ausgeweitet. An einen „westlichen“ modernen Lebensstil anzuschließen gilt

noch immer für die meisten Länder des Globalen Südens als attraktives Modell einer erfolgreichen Entwicklung.

Zugleich wird in Momenten multipler Krisenerscheinungen deutlich, dass die imperiale Lebensweise hochgradig exklusiv ist und in dieser Form gerade nicht global verallgemeinert werden kann. Die Externalisierung ist gerade kein zufälliger Nebeneffekt – der mit etwas besseren Umweltgesetzen eingeeht werden könnte –, sondern eine systematische Voraussetzung, damit die imperiale Lebensweise in einigen Weltregionen und für wenige gelingen kann.

Mit der Ausweitung der imperialen Lebensweise verschärft sich vielmehr eine zunehmende Konkurrenz um ein „andernorts“, auf das kostengünstig zugegriffen werden kann. Dies geht derzeit mit immer autoritäreren Formen der Absicherung einher. Entlang gesellschaftlicher Spaltungslinien wird zunehmend gewaltförmig verhandelt, wer erfolgreich teilhaben darf und wer ausgegrenzt wird. Wohlstand und Luxus an manchen Orten gehen insofern systematisch mit Zerstörung, Hunger, Ausbeutung und Flucht „andernorts“ einher.

Das Konzept der imperialen Lebensweise verbindet somit eine kritische Analyse von gesellschaftlichen Strukturen und den tief verankerten Alltagspraktiken und Lebensverhältnissen der Menschen. Da gesellschaftliche

Verhältnisse sind wie sie sind, weil sie von Menschen so gemacht werden, bieten sich hier auch Ansatzpunkte für Veränderungen. Fragen nach einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation würden folglich sowohl die gesellschaftlichen Strukturen als auch die tiefen Verankerungen der imperialen Produktions- und Lebensweise in den Alltagspraktiken in den Blick nehmen. Zentral sind hierbei auch die „mentalinen Infrastrukturen“ in denen die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, worin ein gutes Leben bestehen kann, verankert sind. In den jeweils konkreten Bereichen des Lebens – wie Ernährung, Mobilität, Wohnen etc. – können Ansatzpunkte ausgelotet werden, wie eine Produktions- und Lebensweise aussehen könnte, die nicht auf Kosten anderer geht und die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Dies geht mit sehr konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in konkreten Kontexten einher. Die Geschichte sozialer Bewegungen und Kämpfe in Brasilien zeigt immer wieder, wie um sehr konkrete gesellschaftliche Projekte gerungen wurde, in denen auch die Konturen einer solidarischeren Lebensweise verhandelt wurden. ■

\* Bettina Köhler ist Stadt- und Umweltforscherin und lehrt an der Universität Wien.

## ... Wo Autos fahren, sich Windräder drehen und Häuser entstehen

Nach dem Dammbruch von Mariana im November 2015 brach am 25. Januar 2019 wieder ein Rückhaltebecken gefüllt mit Eisenerz-Schlamm. Wieder in Minas Gerais, Brasilien. Wieder ist der ehemalige Staatskonzern Vale beteiligt. Diesmal trifft es den Rio Paraopeba, einen Zufluss des Rio São Francisco, der für die Wasserversorgung des trockenen Nordostens von großer Bedeutung ist. Direkte Todesopfer des Dammbruchs sind über 300 Menschen, die unterhalb des Rückhaltebeckens gearbeitet oder gelebt haben.

## Brumadinho ist überall

von Fabian Kern\*

In Folge des Unglücks fror die brasilianische Justiz elf Milliarden Real (ca. 2,6 Milliarden Euro) auf den Konten des Betreibers Vale ein, um mögliche Entschädigungszahlungen zu decken. Zusätzlich verhängten der Staat und der Bundesstaat bereits erste Strafen in Höhe von 81 Millionen Euro gegen Vale und entzogen dem Konzern die Betriebsgenehmigung für einen wichtigen Damm an dessen größter Eisenerzmine Brucutu in Minas Gerais.

Nun liegt es zunächst einmal nahe, den Konzern zur Verantwortung zu ziehen, der direkt für die Sicherheit des Rückhaltebeckens verantwortlich war. Allerdings machen wir es uns damit etwas zu leicht, denn wie die NRO Facing Finance in ihrem Dirty Profits Report bereits im Juni 2018 feststellte, verdient sowohl die Deutsche Bank sowie auch die DZ Bank fleißig mit bei den rücksichtslosen Investitionen des ehemaligen Staatskonzerns Vale in Brasilien.

Laut einem Bericht des WWF deckte Deutschland 2016 mehr als die Hälfte (51 %) seines Eisenerzbedarfs durch Einfuhren aus Brasilien (ebd. S. 28). Brasilien spielt sowohl als größter Lieferant von Eisenerz eine wichtige Rolle, als auch als Roheisenlieferant (18 %) und insbesondere als Lieferant von nicht gewalzten Stahl-Halbzeugen (52 %). Der Anteil von recyceltem Material ist mit 43 % der gesamten Rohstahlerzeugung Deutschlands (2015) zwar beachtlich, was vor allem aber an dem relativ geringen Energiebedarf beim Einsatz von Recyclingmaterial liegt. Größter Rohstahlproduzent in Deutschland ist der durch sein umstrittenes, mittlerweile verkaufte Stahlwerk in der Nähe von Rio de Janeiro berüchtigte Konzern Thyssen-Krupp, gefolgt von ArcelorMittal und der Salzgitter AG.

Ulrich Brand, Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. Oekom.

ILA-Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. Oekom.

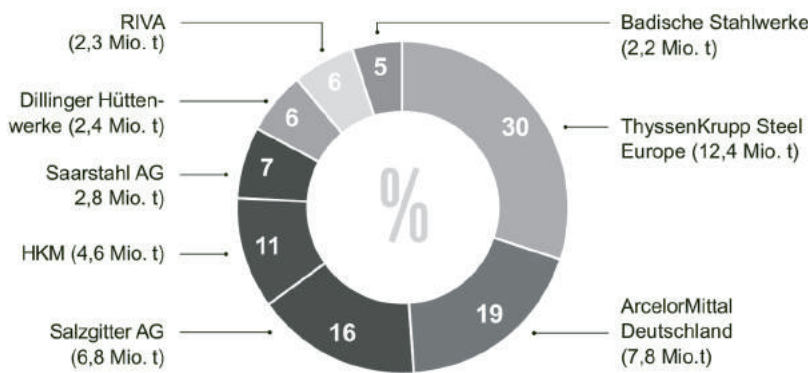
I.L.A. Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. Oekom.



## Größte Rohstahlproduzenten in Deutschland (2015)

**Abb. 8:**

Größte Rohstahlproduzenten in Deutschland im Jahr 2015.  
Quelle: angelehnt an WV Stahl 2017



### Die imperiale Lebensweise holt uns ein ...

Zum Glück, mögen Sie sich jetzt denken, habe ich weder ein Konto bei der Deutschen Bank noch bei der DZ Bank. Sicherlich nehmen Sie aber irgendwie am Verkehr teil. Wenn Sie nicht in einem Holzhaus leben und arbeiten sowie konsequenter Fußgänger sind und komplett auf das Auto, den öffentlichen Nahverkehr und sogar ihr Fahrrad verzichten, kommen Sie an Stahl & Aluminium kaum vorbei.

Öffentliche Träger bekamen für Ihre Aufträge in den letzten Jahren nur wenige und oftmals sehr teure Angebote für durchzuführende Bauarbeiten, weil die Auftragsbücher der Branche gut gefüllt sind. Die Infrastruktur für den Verkehr wird ständig ausgebaut. Insbesondere beim Brückenbau oder bei gewerblichen Immobilien kommt viel Stahl zum Einsatz.

Wie die Abbildung 1 zeigt, besteht ein Auto zu mehr als drei Vierteln aus Aluminium, Stahl- und anderen Eisen-

werkstoffen. Natürlich stecken auch in Zügen, Bussen und Straßenbahnen viel Metall, aber diese werden auch von viel mehr Menschen genutzt als ein privater PKW. Anders gesagt: um die gleiche Menge an Menschen zu transportieren, benötigt der öffentliche Personen-Verkehr viel weniger Metalle pro Kopf und Kilometer. Ganz zu schweigen von dem relativ geringen Bedarf des Fahrrad- bzw. Fußverkehrs. Die Verkehrswende bietet

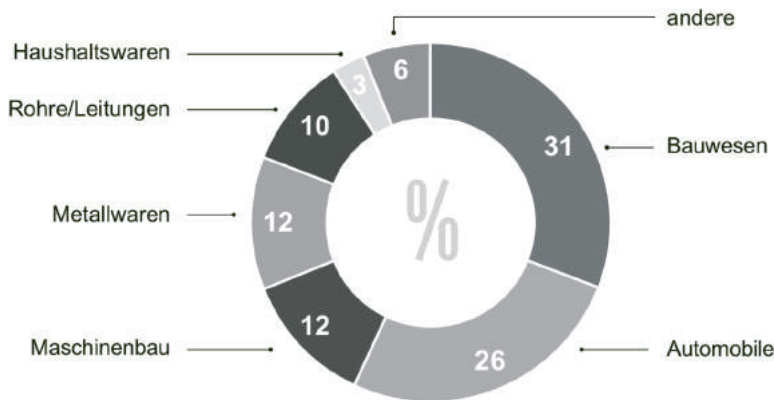
also nicht nur gesundheitliche Vorteile und ist gut für die Klimastabilität, sondern verhindert auch Umweltkatastrophen wie 2015 in Mariana und 2019 in Brumadinho.

Auch bei einer weiteren großen Herausforderung für die Menschheit spielt Stahl eine entscheidende Rolle. Die Energiewende "erfordert eine Umstellung im großen Maßstab, zu der die Implementierung von Technologien für erneuerbare Energieträger gehört. Die gegenwärtig

## Stahlnachfrage nach Branchen

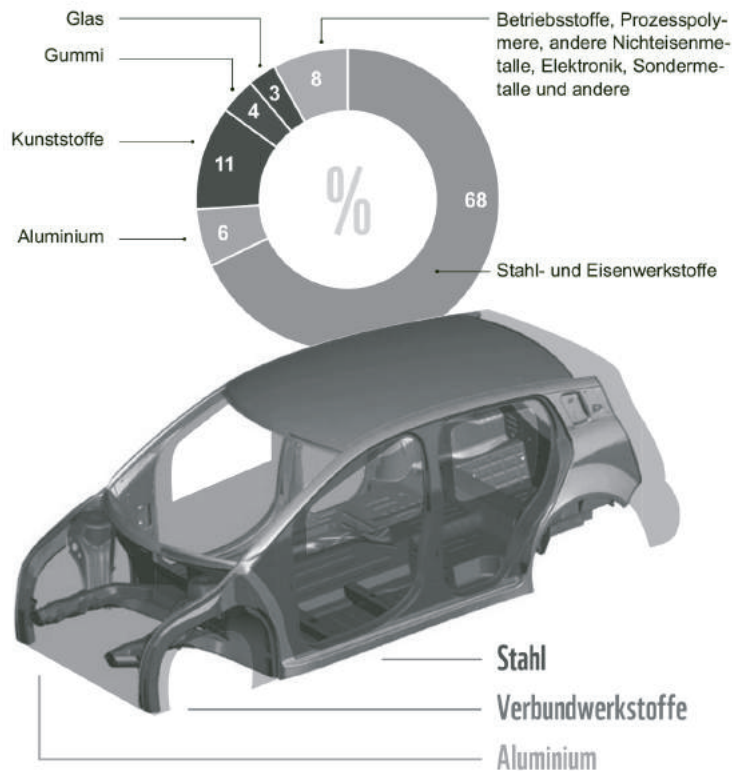
**Abb. 7:**

Stahlnachfrage der deutschen Industrie nach Sektor.  
Quelle: angelehnt an WV Stahl 2017, S. 7



Den höchsten Bedarf an Stahl verzeichnet in Deutschland die Baubranche. In den vergangenen Jahren boomte die deutsche und europäische Bauindustrie und verzeichnete rege Bauaktivitäten. Im privaten Bereich wird in Zeiten von niedrigen Zinsen fleißig gebaut. Überall sprießen die Neubaugebiete aus dem Boden. Zwischen 2013 und 2017 hat sich die Bevölkerung Deutschlands von 80,7 Millionen auf 82,7 Millionen erhöht. Entscheidender für die Bauaktivi-

**Abb. 1:**  
Materialzusammensetzung eines durchschnittlichen Autos.  
Quellen: Hagemann & Partner (2017), Booz & Company (2010).



ein Auto zu verkaufen, dessen Rohstoffe vielleicht mit Hilfe von Sklavenarbeit oder massiver Umweltzerstörung gewonnen wurden?.

\* Fabian Kern ist seit August 2014 für Presse-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit in der Geschäftsstelle.

verfügbaren Technologien für erneuerbare Energieträger sind erheblich ressourcenintensiver als Energiesysteme für fossile Energieträger. [...] Allerdings sind für den Bau zahlreicher großer Strukturen zum Beispiel zur Erzeugung von Sonnen- oder Windenergie erhebliche Stahl- und Aluminiummengen erforderlich. Der Erfolg der Energiewende hängt daher zu einem großen Teil auch von diesen Mineralen ab. Sie sind ausschlaggebend dafür, ob die durch die globale Entwicklung entstehende Nachfrage nachhaltiger erfüllt werden kann.”<sup>1</sup>

Genauer betrachtet, hängt der Erfolg der Energiewende besonders davon ab, dass wir unseren aktuellen Energiekonsum verringern und uns nicht darauf verlassen, die Energie lediglich aus anderen Quellen zu beziehen.

Der effiziente Einsatz von Rohstoffen zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Gesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei den Auswirkungen unseres Lebensstils auf Regionen, die scheinbar keine Verbindung zu uns haben. Wir haben es jeden Tag in der Hand, ob wir Teil des Problems oder Teil der Lösung sein wollen.

Bewusster Konsum bzw. der bewusste Verzicht auf gewisse Dinge ist nur eine Ebene. Ebenso wichtig ist der politische Druck, den es aufzubauen gilt, damit Gesetze geschaffen werden, die die Zerstörungs- und Ausbeutungsmechanismen in den Ländern des Globalen Südens effektiv verhindern. Warum ist es legal, in Deutschland

1 Die Grafiken in diesem Artikel stammen aus dem WWF Bericht: ROHSTOFFBOOM ZWISCHEN GEWINNEN UND VERLUSTEN. Deutschlands ökologischer Fußabdruck durch Stahl und Aluminium. ISBN 978-3-946211-20-4. Oktober 2018.





**Brasilicum #250/251 | März 2018 - *Wahlen, Wut, Widerstand! ... und die neue Macht des Agrobusiness***

Dieses Heft ist der Tagungsreader für die Frühjahrstagung der Kooperation Brasilien, die zwischen dem 13. und dem 15. April in Köln stattfand. Zunächst beschäftigen wir uns mit der neuen Macht des Agro-Business in Brasilien. Im zweiten Teil des Hefts wenden wir uns den aktuellen politischen Geschehnissen in Brasilien zu.



**Brasilicum #249 | Oktober 2017 - *Kein Recht weniger! Kampfzone Menschenrechte***

Neben der allgemeinen politischen Analyse haben wir uns in dieser Ausgabe auf die Themen Menschenrechte, Umweltschutz und Demokratie fokussiert, um dort auf die die konkreten Auswirkungen der Amtsenthebung in Brasilien hinzuweisen.



**Brasilicum #248 | Juli 2017 - *Eine Frage des Geschlechts - Gender und Diversität in Brasilien***

Neben einem internen Rückblick auf die KoBra Geschichte der vergangenen 25 Jahre gibt es Hintergrundinformationen zu den politischen Entwicklungen in Brasilien. Dieses Heft diente zur Vorbereitung der Frühjahrstagung 2017 in Berlin.

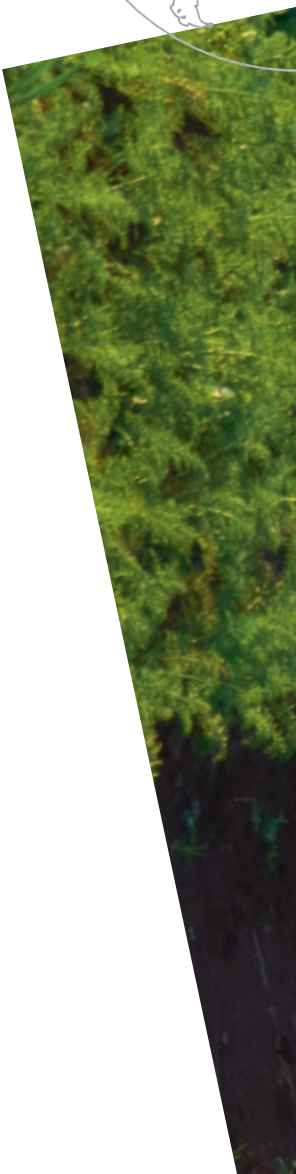
Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint dreimal jährlich (eine Doppelausgabe) zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Abo-Gedruckt: 20€ (Inland); Abo- PDF: 16€

Einzelbezug: 5€ (zzgl. 1,50€ Versandkosten Inland)



## Frühjahrstagung: Imperiale Lebensweise, die Realitäten in Brasilien und Perspektiven der Solidarität

29.03.2019 - 19:00 Uhr bis 31.03.2019 - 13:00 Uhr in Frankfurt am Main



Unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden beruht auf Ausbeutung von Menschen und Zerstörung von Umwelt andernorts, vor allem im Globalen Süden. Diese Lebensweise machen sich auch zunehmend Menschen im globalen Süden zu Eigen. Doch die Ausbreitung dieser zerstörerischen Lebensweise stößt zunehmend an die ökologischen sowie sozialen Grenzen, während sich Krisenphänomene wie Klimawandel, Zerstörung von Ökosystemen, soziale Polarisierung und Verarmung von Menschen verschärfen. Viele sind sich der bestehenden Probleme bewusst, doch grundlegende Veränderungen finden nicht statt. Warum angesichts multipler Krisen und zunehmender Ungerechtigkeit ein tiefgreifender sozial-ökologischer Wandel auf sich warten lässt, erklärt das Konzept der „Imperialen Lebensweise“.

In Brasilien zeigen sich die dramatischen Konsequenzen seit vielen Jahrzehnten: Die Ausweitung des exportorientierten Agrobusiness auf Kosten der Menschen und der Ökosysteme in Amazonien und des Cerrado oder die Inkaufnahme von Katastrophen der Bergbauindustrie wie 2015 in Mariana und aktuell in Brumadinho. Die Übernahme der Regierung durch einen Ultrarechten hat die Situation nochmals deutlich verschärft. Die angekündigte Lockerung von Umweltauflagen für Bergbau und Agrarindustrie, die rassistischen Äußerungen gegen Indigene und die Drohung, ihre Territorien und die anderer traditioneller Gemeinschaften zu verkleinern, oder der angekündigte Ausstieg aus dem Klimavertrag lassen noch Schlimmeres befürchten.

Auf der Tagung soll das Konzept der imperialen Lebensweise vorgestellt und im Kontext der politischen Veränderungen in Brasilien diskutiert werden. Besonders wird die aktuelle Lage von Aktivist\*innen sozialer Bewegungen betrachtet und gefragt werden, wie demokratischer Widerstand und Unterstützung von hier aus konkret aussehen und organisiert werden kann, beziehungsweise was dies für hiesige Solidarität insgesamt bedeutet.

Die Arbeit für Gerechtigkeit und Demokratie kann nur mit geeigneten Tools für Datenschutz und Datensicherheit gelingen. Daher bietet Selbstbestimmt Digital e.V. einen Praxisworkshop zur sicheren Kommunikation in NGOs und Journalismus an. Dabei geht es um eigene Server, sichere Messenger, kollaboratives Arbeiten und um jede Menge Tipps für Datenschutz im Alltag, bei der Arbeit sowie im ehrenamtlichen Engagement.

Alle Infos unter [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

